

# VORAN

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 148 – Februar 1993

1,- DM – Solidaritätspreis: 3,- DM

# Stoppt den sozialen Kahlschlag!

Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, einmal „jene zu betrachten, die die Solidargemeinschaft ausbeuten“ sagt Bundeskanzler Kohl. Er meint damit allerdings nicht etwa die millionenschweren Unternehmer, die mit Entlassungen drohen, nicht die Immobilienspekulanten und auch nicht die korrupten Politiker in seiner eigenen Regierung. Nein, er bläst zum Kampf gegen den angeblichen „Wildwuchs bei Sozialleistungen“.

Mit einer Härte, die bisher der Hetze gegen Asylbewerber vorbehalten war, wird jetzt der Neid auf die neun Millionen angestachelt, die auf Arbeitslosengeld, Arbeitslosen- oder Sozialhilfe angewiesen sind. Das Ziel ist das gleiche: von den wirklichen Schmarotzern abzulenken, die in den Regierungs- und Chefetagen sitzen.

Seit der Währungsunion 1990 haben die Arbeitnehmer 73 Milliarden mehr an Steuern und Abgaben bezahlt, die Unternehmer nur 17 Milliarden DM mehr (Franz Steinkühler in der *Frankfurter Rundschau* vom 14.9.92).

Und jetzt sollen die Lohnabhängigen wieder den Gürtel enger schnallen, ganz besonders diejenigen, die schon am letzten Loch angelangt sind! Die Ende Januar von der Regierung vorgelegte Sparliste ist dabei erst der Anfang, weil die beginnende Rezession weitere Finanzlöcher reißen wird, die wir dann wieder stopfen sollen. Die nächsten Ideen liegen schon in der Schublade: Studiengebühren von 1000 DM pro Semester, Karenztage, Arbeitszeitverlängerung usw.

Die Logik der Regierung und der Unternehmer: Wegen der Wirtschaftskrise könnten wir uns keinen „sozialen Luxus“ mehr leisten und Entlassungen seien unvermeidbar, um die Wirtschaft wieder zu gesunden. Der Mangel müsse verteilt werden.

Aber wo herrscht denn Mangel? Dieses Wirtschaftssystem leistet sich den Luxus, Millionen Menschen ohne Arbeit zu lassen, die dafür sorgen könnten, daß zum Beispiel Wohnungen gebaut oder dringend notwendige Umweltschutzmaßnahmen durchgeführt werden. Gleichzeitig gibt es den Luxus eines Rekord-Geldvermögens von mehr als 1.670 Milliarden DM, daß die deutschen Unternehmer laut Bundesbankbericht Anfang 1992 auf ihren Konten angesammelt hatten.

Dieses Wirtschaftssystem kann es sich offenbar nicht leisten, den von uns erarbeiteten Reichtum sinnvoll einzusetzen, um Arbeit für alle zu schaffen! Deshalb müssen wir nicht nur gegen die Kürzungen und Entlassungen, sondern auch gegen die kapitalistische Mißwirtschaftsordnung kämpfen.

Während den Arbeitslosen und Sozialhilfempfängern die Butter vom Brot genommen werden soll, ist offenbar Geld genug für den Jäger 90 vorhanden. Die Bundeswehr soll auf unsere Kosten fit gemacht werden, um die Interessen des deutschen Kapitals in aller Welt durchzusetzen.



Die Führer von SPD und Gewerkschaften beklagen sich, daß Kohl den Solidarpakt gefährden würde. Sie tun so, als ob sie nicht wüßten, daß der Solidarpakt von vornherein ein Versuch war, die Krise auf unsere Kosten zu bewältigen. So erkannte das „Handelsblatt“ anläßlich des mit 3,3 Prozent bei einer Laufzeit von 18 Monaten unter der zu erwartenden Inflationsrate liegenden Tarifabschlusses in der Stahlindustrie: „Der Solidarpakt funktioniert offensichtlich bereits, bevor er abgeschlossen worden ist.“

SPD-Fraktionschef Klose machte neulich klar, daß er keinen „Kurs stärkerer Konfrontation“ einschlagen wolle. Bei aller wortstarken Kritik an der „sozialen Schlagseite“ der Sparpläne Kohls macht die SPD keine Anstalten, wirklichen Widerstand zu organisieren.

Wir brauchen keinen Solidarpakt mit Kohl und den Bossen, sondern die Solidarität aller ArbeitnehmerInnen — ob Deutsche oder Ausländer, Ost- oder Westdeutsche, Arbeitslose oder „Besserverdienende“ — gegen die Angriffe und Spaltungsversuche.

## SPD und DGB müssen Widerstand organisieren

- ▶ Kampf gegen die Sparpläne durch Massendemonstrationen und politische Streiks
- ▶ Mobilisierung für den Sturz der Kohl-Regierung
- ▶ Verteidigung aller Arbeitsplätze
- ▶ Arbeit für alle; gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West
- ▶ Stopp aller Privatisierungen.
- ▶ Garantiertes Mindesteinkommen (einschließlich Renten) von 1800 DM netto für alle ab 18 Jahre
- ▶ Weitere Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich
- ▶ Bezahlbare Wohnungen für alle
- ▶ Weg mit der Gesundheits„reform“
- ▶ Pflegeversicherung auf Kosten der Unternehmer
- ▶ Hände weg vom Asylrecht
- ▶ Keine militärischen Einsätze der Bundeswehr, auch nicht unter UNO-Schirmherrschaft
- ▶ Für eine SPD-Regierung, die eine sozialistische Politik durchführt: Ran an die Milliarden, die die deutschen Unternehmer auf ihren Konten angesammelt haben. Schluß mit der Diktatur von Banken und Großkonzernen: Verstaatlichung der 200 größten Banken, Versicherungen und Konzerne unter demokratischer Kontrolle von Beschäftigten und Gewerkschaften.
- ▶ Aufbau einer demokratisch geplanten Wirtschaft, in der nicht die Profite der Millionäre, sondern die Interessen von Millionen entscheiden.

**Kein Solidarpakt mit Kohl und den Bossen!**

## Unser Standpunkt:

### Frieden auf Erden – durch deutsche Soldaten?

Die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP hat sich Mitte Januar auf die zweite grundlegende Verfassungsänderung nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts geeinigt. Mit der Änderung des Artikels 24 sollen unbeschränkte weltweite Einsätze der Bundeswehr ermöglicht werden, auch ohne Legitimation der UNO. Letzteres ist eh' nicht von zentraler Bedeutung, wie man jetzt am Beispiel der Militärschläge gegen den Irak sehen kann (siehe Seite 8).

Ausreichend soll ein „Nothilfesuch“ eines beliebigen Landes sein, das sich im Konflikt mit einem anderen Land befindet. Außerdem ist die Teilnahme an „friedenserhaltenden“ bzw. „friedensherstellenden“ Einsätzen im Rahmen von Vereinten Nationen, KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) sowie WEU (Westeuropäische Union) vorgesehen. So könnten die militärischen Pläne der Bundesregierung unter dem Deckmantel der von Deutschland dominierten Bündnisse KSZE und WEU umgesetzt werden.

Nach den letzten Meinungsumfragen ist eine Mehrheit der Deutschen für weltweite Einsätze der Bundeswehr, weil sie denkt, es ginge dabei um humanitäre Hilfe. Bis vor kurzem überwog in der Bevölkerung das gesunde Mißtrauen gegenüber den selbsternannten „Friedensengeln“ in Bonn.

Vor allem die von den Medien und SPD-„Oppositionspolitikern“ massiv mitgetragene Lügenpropaganda über die angebliche Hungerhilfe des Westens in Somalia hat hier für einen Meinungsumschwung gesorgt (siehe Seite 9, „Invasion als Hungerhilfe getarnt“). Ironischer Kommentar in der *ta-geszeitung* (29. 12. 92): „In Deutschland können sich Schwarze kaum noch auf die Straße trauen, in Afrika dagegen will Massa Kohl mit seiner tollen Truppe ihnen Essen auf Rädern mit Waffengewalt garantieren.“

Auch bei der Diskussion über ein militärisches Eingreifen in Bosnien wird von Medien und Politikern geschickt der Eindruck erweckt, es ginge um das Schicksal der Opfer des Krieges. Dabei ist doch völlig offensichtlich, wie der Westen im Rahmen seines „Friedensplans“ dafür sorgt, daß die Aufteilung Bosnien-Herzegovinas zwischen Serbien und Kroatien zementiert wird. Die mit reichlich Krokodilstränen beweineten bosnischen Moslems sind dabei nur Manövriermasse. Nicht um ihr Schicksal geht es den „Menschenfreunden“ in Washington, Bonn, London und Paris, sondern um die Schaffung von Ruhe und ein geregeltes Auskommen mit den Machthabern in Serbien und Kroatien.

Das wirkliche Motiv für die „Hilfsaktionen“ der westlichen Mächte und die geplanten Aktivitäten der Bundeswehr ist die Sicherung von Einflußgebieten und Wirtschaftsinteressen der Banken und Konzerne.

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks ist der Konkurrenzkampf zwischen den kapitalistischen Großmächten USA, Japan und EG härter geworden. Deutschland beansprucht die Führungsrolle in der EG – und schaut neidisch auf die USA, die mal eben ein paar Bomber losschicken, um ihren Zugriff auf die Ölreserven im Nahen Osten abzusichern.

Wie es in den vom Verteidigungsminister Rühe erlassenen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ vom November 1992 heißt: „Trotz prinzipieller Übereinstimmung werden sich die deutschen Interessen nicht in jedem Einzelfall mit den Interessen der Verbündeten und anderer Partner decken...“

In diesen Richtlinien wird auch klar gesagt, daß zu den „vitalen Sicherheitsinteressen“, die die Bundeswehr durchsetzen soll, die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und der ungehinderte Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ gehört.

### SPD-Führung leistet symbolischen Widerstand

Anstatt über die wirklichen Hintergründe der Intervention in Somalia aufzuklären und die Pläne der Bundesregierung prinzipiell zu bekämpfen, beschränkt sich die sogenannte „Opposition“ der SPD-Führung darauf, über die mangelnde Verfassungsmäßigkeit im Vorgehen der Regierung zu jammern. Diese Haltung ist schon fast lächerlich, wenn die Folgen nicht so traurig wären.

Wenn die SPD bislang keinen aktiven Widerstand gegen die Aushöhlung, Uminterpretation und Mißachtung des Grundgesetzes geleistet hat (sondern wie beim Asylrecht selbst aktive Sterbehilfe für Grundrechte leistet), ist es kein Wunder, wenn die Regierung dies ins Kalkül einbezieht. Eine Regierung, die schlimmstenfalls mit halberherzigen Parlamentsprotesten oder der lauen Drohung mit juristischen Schritten zu rechnen hat, kann auch weiterhin machen was sie will.

Deutsche Uniformträger wurden in der Vergangenheit unter anderem schon nach Namibia (als Polizeikräfte, die Wahlen durchführen helfen sollten) oder nach Kambodscha (als Sanitäts-Helfer mit Blauhelmen) geschickt – alles entgegen dem Grundgesetz und ohne irgendwelchen nennenswerten Widerstand der SPD-Führung.

Im übrigen ist die SPD-Spitze ja zu einer Grundgesetzänderung für Bundeswehreinmächtig in aller Welt durchaus bereit. Etwas lästig sind hier noch die Beschlüsse der letzten beiden Parteitage, aber die wird man sicher auch noch elegant umgehen können. Die Mächtigen-Minister der SPD-Fraktion ärgern sich also eigentlich vor allem darüber, daß Kohl ohne sie die Militarisierung der Außenpolitik vorantreibt.

## Tankerunglück vor den Shetlands und Indonesien

# Alle Monate wieder ...

Am 6. Januar havarierte der Tanker „Braer“ vor den Shetlands. Trotz Sturm hatte das Schiff eine gefährliche Route durch eine Meerenge südlich der Shetlands genommen, um Zeit zu sparen. Nach dem Unglück erfüllte der Kapitän die erste Pflicht der christlichen Seefahrt: Er fragte bei der Reederei in New York nach, ob man sich eine Bergung finanziell erlauben könne.

Als nach zwei Stunden das O.K. kam, sendete der Havarist seinen Hilferuf. Dieses Unglück sowie die neuerliche Tankerkatastrophe vor Indonesien sind wieder Anlaß für internationale Kritik gegen die schwimmenden Zeitbomben auf den Weltmeeren.

Es werden Forderungen nach schärferen Gesetzen laut, die es Tankern ohne ausreichend ausgebildete Besatzung und Sicherheitsvorkehrungen verbieten, europäische Häfen anzulaufen.

Jetzt soll angeblich alles besser werden, denn ab Juli '93 sollen Tanker über 5000 Tonnen Ladung nur nach den verschärften Vorschriften der „International Maritime Organisation“ mit doppelten Schiffswänden gebaut werden. Diese Vorschrift besteht auf amerikanischen Werften seit 1990, dem Jahr der Havarie der „Exxon Valdez“ vor der Küste Alaskas.

Der Bedarf nach neuen Tankern besteht bei den Reedern und den Ölkonzernen nur in Einzelfällen, z. B. wenn ein Tanker verunglückt. Um profitabel im Ölgeschäft zu sein, werden die alten Wracks bis zu ihrem Ende eingesetzt. Während in Deutschland jeder Kleinwagen über den TÜV muß, sind für die Sicherheit der Öltanker die Auftraggeber verantwortlich. Seelenverkäufer sind auch keine Ausnahme, sondern die Regel.

In einem Papier der Shell-Tankergesellschaft heißt es: „Die jüngste Vergangenheit hat auch gezeigt, daß Qualität und Sicherheit sich noch nicht auszahlen.“ Immerhin meint selbst Shell, daß wenigstens 20 Prozent der Flotte – darunter auch schlicht nicht versicherte Schiffe – aus dem Verkehr gezogen werden müssen. Leider haben die Ölkonzerne laut ESSO keinen Einfluß darauf, wer ihr Öl mit welchen Methoden durch die Gegend schippert – wer's glaubt, wird selig.

Die modernen Tanker mit doppelten Tankwänden, deren Ladekammern mit Unterdruck gesichert sind, kosten mehr. Die Ölkonzerne sparen nicht nur an der Technik, sondern auch am Personal. Die westlichen Konzerne lassen ihre Schiffe unter sogenannten „Billigflaggen“ (Liberia, Panama usw.) fahren. Viele der Seeleute sind nicht ausreichend ausgebildet, tarifliche Sicherheitsbestimmungen wie zum Beispiel auf deutschen Schiffen existieren kaum.

Die Besatzung kommt hauptsächlich aus Billiglohnländern. Die Verantwortlichkeiten für die Schiffe sind verworren. Die „Braer“, im Besitz einer karibischen Gesellschaft, gemanagt von einer amerikanischen Firma, fuhr unter liberianischer Flagge mit griechisch-polnisch-philippinischer Besatzung.

Nach dem Motto „Den Letzten beißen die Hunde“ gelingt es den Auftraggebern immer wieder, den Kapitänen und Mannschaften die Verantwortung für Unfälle zuzuschreiben, nachdem sie diese vorher unter Druck gesetzt haben, Risiken einzugehen.

Die BRD ist einer der Hauptauftraggeber des Ölgeschäfts. Der Tanker „Bayern“ ist jedoch das einzige Schiff unter deutscher Flagge. Um den deutschen Energiehunger zu stillen, mußten von Januar bis September '92 23 Millionen Tonnen Rohöl in deutsche Seehäfen gebracht werden. Die restlichen 50 Millionen Tonnen kamen entweder über Rotterdam oder per Pipeline aus dem Osten. Da der Energiebedarf in den Industriestaaten enorm hoch ist, sind die Staaten auf möglichst billige Energie angewiesen. Dadurch bleibt die Sicherheit des Transports auf der Strecke.

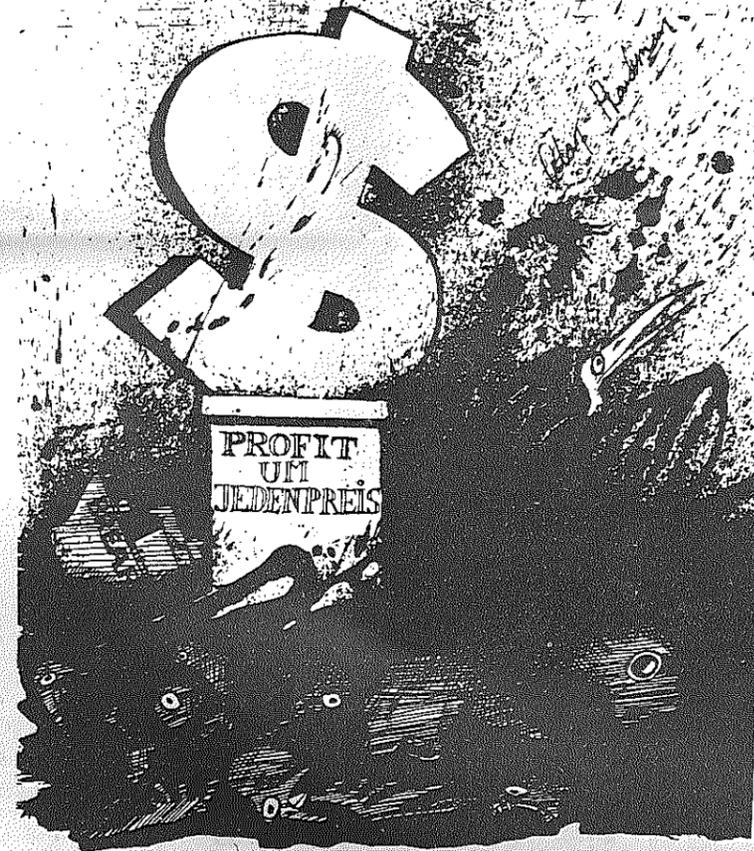
Und sparen bei diesem „billigen“ Transport können nur die Ölkonzerne und die Energieversorgungsunternehmen. Die Bewohner der Shetlands bezahlen mit der Vernichtung ihrer Existenz, die Seeleute manchmal mit ihrem Leben und die arbeitenden Menschen mit ihren Steuergeldern, um die entstandenen ökologischen und wirtschaftlichen Schäden wieder halbwegs zu reparieren oder den Anschein zu erwecken.

Die tickenden Zeitbomben müssen grundsätzlich verboten werden. Jeder Tanker muß nach den neuesten Sicherheitsvorschriften ausgerüstet sein. Schiffsrouten, die Gefahren bergen, gehören für Tanker verboten. Jede Schiffsbesatzung muß maximal ausgebildet sein und nach Tarif des Reederlandes bezahlt werden. Alte Wracks sind aus dem Verkehr zu ziehen.

Viele neue Schiffe werden benötigt. Gleichzeitig herrscht auf vielen Werften Mangel an Aufträgen. Ein umfassendes Programm zum Bau sicherer, ökologisch sinnvoller Schiffe ist notwendig und würde viele Arbeitsplätze erhalten und schaffen.

Havarien sind durch optimale Sicherheit größtenteils zu verhindern. Um ökologische Katastrophen, die täglich vorkommen, zu verhindern, müssen alternative Energiequellen gefördert werden. Die Industriestaaten müssen weg von den fossilen Brennstoffen. Sonnen-, Wasser- und Windenergie müssen endlich ernsthaft vorangetrieben werden.

Claudia Weigelt, Claus Ludwig  
Jusos aus Bremerhaven



## Abschaffung des Asylrechts beschlossen

„Mit der neuen Regelung haben praktisch nur noch die Flüchtlinge eine Chance auf ein Asylverfahren in der Bundesrepublik, die entweder mit einem Fallschirm in der Lüneburger Heide oder mit einem Hängegleiter im Allgäu landen.“

Mit diesen Worten bringt der Sprecher von Pro Asyl, Herbert Leuninger, das Ergebnis des von SPD-Führung und Regierung ausgehandelten Asylkompromisses auf den Punkt. So sollen Flüchtlinge, die über sogenannte „sichere Drittstaaten“ nach Deutschland reisen, gar nicht erst in das Asylverfahren aufgenommen werden. „Sichere Drittstaaten“ sind nicht nur EG-Länder, sondern auch Österreich, die Schweiz, Tschechien, Slowakei und Polen. Deutschland umgibt sich – in Gegenleistung für Wirtschaftshilfen – mit einem lückenlosen Schutzring gegen die 90 Prozent der Flüchtlinge, die über den Landweg kommen.

In der Tschechien, Slowakei und Polen gibt es jedoch kein Verfahren, in dem festgestellt wird, ob tatsächlich politische Verfolgung besteht. Wird ein

Flüchtling also in einen solchen „Drittstaat“ abgeschoben, muß er damit rechnen, wieder in seinen folternden und mordenden Heimatstaat abgeschoben zu werden.

Unter Punkt 3 des neuen Artikels 16 des Grundgesetzes wird gesagt, daß „durch Gesetz ... Staaten bestimmt werden, bei denen politische Verfolgung nicht stattfindet.“ Der NATO-Partner Türkei wäre ein Wunsch Kandidat der Bundesregierung für eine solche Liste. Folge: Die 20.000 kurdischen Flüchtlinge, die 1992 nach Deutschland kamen, um der Folter und Ermordung zu entgehen, würden danach als nicht politisch verfolgt gelten.

Außerdem soll die Rechtsweggarantie massiv eingeschränkt werden. 20 Prozent aller abgelehnten Asylbewerber bekommen nachträglich auf dem Rechtsweg ihre Anerkennung.

An die Stelle des Satzes „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ tritt also der Satz „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht – aber nicht in Deutschland.“ Bayerns Innenminister Stoiber ist begeistert: „Damit kann jeder, ob er nun

asylberechtigt ist oder nicht, an der Grenze abgeschoben werden.“ Dies ist „genau das, was wir immer gefordert haben.“ schwärmt er.

Und die SPD-Führung? Sie beklagt sich jetzt halbherzig über Innenminister Seiters' Pläne, Deutschland durch entsprechende Grenzschutzmaßnahmen abzuschotten oder wendet sich gegen die Definition von Staaten wie Liberia oder der Türkei als „verfolgungsfrei“. Aber die SPD-Spitze selbst hat sich darauf eingelassen, den Kampf gegen die Flüchtlinge aufzunehmen. Oskar Lafontaine bezeichnete den Kompromiß dann auch als „wirklichen Schritt nach vorn.“

Die Kohl-Regierung hat mit ihrer Hetzkampagne gegen Flüchtlinge vollen Erfolg gehabt und versucht jetzt in ähnlicher Weise, Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose als Schmarotzer darzustellen. Die Methode ist die gleiche: Nach dem Motto „teile und herrsche“ sollen wir gegeneinander aufgehetzt werden.

Markus Kurtschi, Kassel  
Jungsozialist

**VORAN** zur  
sozialistischen  
Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung  
für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.  
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.  
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert.  
Redaktionsanschrift:  
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 02 21/13 45 04, Fax 02 21/13 72 80.  
Druck:  
Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.  
Bankverbindung:  
Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.

Baden-Württemberg

# Motorschaden in der Autoindustrie

In den letzten zwanzig Jahren hatte Baden-Württemberg die höchsten Wachstumsraten und die niedrigsten Arbeitslosenzahlen, den höchsten Exportanteil und die niedrigste Zahl von Pleiten. Der durchschnittliche Lebensstandard übertraf das Pro-Kopf-Einkommen der KollegInnen aus den übrigen Bundesländern.

Mit dem Beginn der 90er Jahre hat sich das schlagartig geändert: Das „Musterländle“ – nur noch ein „Muster ohne Wert“. Von den 800.000 Arbeitsplätzen der deutschen Autoindustrie befindet sich ein Viertel in Baden-Württemberg. Im Großraum Stuttgart hängt jeder zweite industrielle Arbeitsplatz direkt oder indirekt vom Auto ab.

Die weltweite konjunkturelle Abschwächung hat dazu geführt, daß die Autohersteller weltweit getroffen wurden: rote Zahlen bei Ford in Britannien, zwei Fabrikschließungen bei Volvo, Skandinaviens größtem Konzern, dramatischer Verkaufseinbruch in den USA zwischen 1989 und 91 (dieses Jahr wird ein mageres Wachstum von 1,6 Prozent erwartet). Auch in Frankreich und Japan haben die Neuzulassungen deutlich abgenommen.

In ganz Westeuropa sollen die Verkaufszahlen der Neuwagen im nächsten Jahr um 3,5 Prozent zurückgehen. Am stärksten sind die italienischen und deutschen Automärkte betroffen. In Deutschland soll die Zahl von verkauften Neuwagen 1993 um 11 Prozent sinken. Warum?

## „Nachholbedarf“ in Deutschland

Während die amerikanische Autoindustrie bereits in der letzten Rezession bluten mußte (700.000 Entlassungen), während die Branche im europäischen Ausland von 1980 bis 1990 die Zahl der Beschäftigten um 410.000 Personen verringert hat, wurden in Deutschland 79.000 ArbeiterInnen mehr angeheuert.

27.500 Stellen weniger bei Mercedes, 4.000 Stellen weniger bei Audi, 12.500 Stellen weniger bei VW: Die deutschen Konzerne holen nach, was die EG-Staaten in den letzten Jahren längst betrieben haben.

Unter den großen sechs in Europa wird es VW, Fiat und General Motors (Opel) am meisten erwischen. Dort sollen die Neuzulassungen im nächsten Jahr um 100.000 und mehr zurückgehen.

Die Folgen der Krise in der Autoindustrie seit 1991 wurden zunächst im Ausland ausgetragen. So haben z.B. im letzten Jahr die Stuttgarter Tochterunternehmen von Mercedes zehn Prozent und von Porsche zwanzig Prozent ihrer Beschäftigten in den USA rausgeworfen.

Von den führenden deutschen Autounternehmen erwischt es VW am schlimmsten. Der Konzern erwartet für 1993 sogar rote Zahlen. Daneben sind die Einbrüche bei den Herstellern mit Sitz in Baden-Württemberg – Porsche und Mercedes – besonders einschneidend. BMW dagegen kommt bislang am besten weg. BMW produziert in diesem Jahr zum ersten Mal mehr Wagen als Mercedes.

In Stuttgart könnte sich im Kleinen wiederholen, was sich in der letzten Rezession in der amerikanischen Autostadt Detroit abgespielt hat. Detroit ist von der Autoindustrieabhängigkeit vergleichbar mit dem Großraum Stuttgart. In Detroit (Sitz von den „Big Three“: GM, Chrysler und Ford) stieg die Arbeitslosigkeit auf 25 Prozent. Der Bürgermeister mußte sogar den Hungertod ausrufen. Für Tausende Arbeitslose wurden Suppenküchen eingerichtet.

## Flaggschiff Mercedes angeschlagen

Das Neckarstadion soll demnächst in „Gottlieb-Daimler-Stadion“ umbenannt werden. Im Ausland kennt niemand Stuttgart oder Baden-Württemberg, aber jeder den Daimler-Stern. Bis Ende 1994 will Mercedes 27.500 Ar-

beitsplätze abbauen. Zum zweiten Mal in der Geschichte – nach 1953 – wurde Kurzarbeit angemeldet. 65.000 der 95.000 Beschäftigten in der Pkw-Produktion werden im Januar und Februar jeweils sieben Tage lang kurzarbeiten. Im Spiegel vom 23.11.92 heißt es: „Bedrohlich an den Absatzproblemen ist, daß sie Mercedes bereits in diesem Jahr voll treffen, obwohl die Automobilkonjunktur sich erst leicht abschwächt. Sackt sie im nächsten Jahr richtig durch, drohen bei Mercedes Massenentlassungen.“

Gegenüber der Lage beim großen Stuttgarter Autokonzern ist die Lage beim kleinen Stuttgarter Konzern, Porsche, noch dramatischer. Mit Kurzarbeit wurde bereits lange vor Mercedes begonnen.

## Beginn einer Langzeitkrise

Trotz aller Hiobsbotschaften befinden sich die deutschen Autokonzerne erst am Anfang einer Krise, die sich über ein, zwei oder drei Jahre hinziehen kann und möglicherweise erst in der nächsten Rezession voll durchschlägt.

Arbeitsplatzabbau und Entlassungen sind nicht das gleiche! Mercedes und Porsche haben lediglich angekündigt, daß es beim Stellenabbau 1993 oder 1994 auch zu Entlassungen kommen kann.

Die derzeit noch üblichen Abfindungen und Vorruhestandsregelungen (die ab 1993 allerdings teurer werden, da die Firmen dann für 2 Jahre das Arbeitslosengeld ans Arbeitsamt bezahlen müssen) zeigen, daß diese Konzerne noch über enorme Reserven verfügen.

Die vielen hundert Zuliefererbetriebe im Mittleren Neckarraum verfügen nicht über ähnliche Reserven wie die Autokonzerne. Unter dem Druck der Großkonzerne mußten sie bereits in den letzten Jahren die Gewinnspanne kürzen: Seit Mitte der 80er Jahre konnten sie ihre Preise nur um 1,4 Prozent erhöhen.

Bosch, der größte Lieferant, kann die Auftragsrückgänge nach eigenen Angaben „ohne Gefährdung“ wegstecken. Allerdings auch auf Kosten von 10.000 Stellen in zwei Jahren.

Anders ist die Lage bei den „Kleinern“: Beim Allgäuer Werk KG (Uhingen) sind bereits seit Oktober 400 von 1.100 Beschäftigten auf Kurzarbeit, Kolben-

schmidt in Heilbronn will 600 Stellen streichen, Behr will in seinem Stammwerk Stuttgart mindestens 300 von 5.600 Stellen streichen.

## IG Metall muß Kampf vorbereiten

Die Gewerkschaftsführung darf sich auf keinen Fall auf die „Sanierungsrezepte“ der Konzernführungen einlassen. Durch Arbeitsplatzabbau, Entlassungen und verstärkte Ausprägung der verbleibenden ArbeiterInnen sollen die Betriebe wieder „fit“, das heißt konkurrenzfähig gemacht werden. Es wird versucht, die Beschäftigten der verschiedenen Unternehmen in Deutschland und international gegeneinander auszuspielen.

Aufgabe der IG Metall ist es, den gemeinsamen Kampf um jeden Arbeitsplatz und gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der gesamten Branche und in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften der anderen autoproduzierenden Länder zu organisieren.

Aron Amm, Stuttgart  
Jungsozialist



Bei Volkswagen drohen 1993 rote Zahlen

## Mit Volldampf in die Rezession

Mitte Januar veröffentlichte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) seine Prognose, daß das Bruttosozialprodukt in ganz Deutschland 1993 um 0,5 Prozent sinken werde.

Im Westen wird ein Rückgang um ein Prozent erwartet, im Osten nur noch ein Wachstum um 3,5 Prozent. Noch im letzten Herbst hatte das DIW für den Westen eine Wachstum um 0,5 Prozent vorausgesagt.

Gegenüber dem Spiegel (11. Januar 1993) erklärte der Präsident des DIW, Lutz Hoffmann, auf die Frage, ob diese Prognose nicht „etwas übertrieben“ sei: „Nein, wir gehen in eine Rezession, ohne das die Wirtschaft im Osten Trittsicher hätte. Das ohnehin niedrige Leistungsniveau Ostdeutschlands erhält durch die Rezession im Westen zusätzlich negative Impulse. Und wir haben schon zu Beginn der Rezession fünf Millionen Arbeitskräfte ohne reguläre Arbeit. Das alles ist eine Katastrophe.“

Die Kapazitätsauslastung ist so niedrig wie zuletzt 1984/85. Auch die Auftragsbestände zeigen einen rückläufigen Trend an. Mit einer Reichweite von 2,6 Monaten wurde

im September 1992 das Niveau von 1983 erreicht. Auch die Pleitenwelle steigt an: Von Januar bis September 1992 um 13 Prozent.

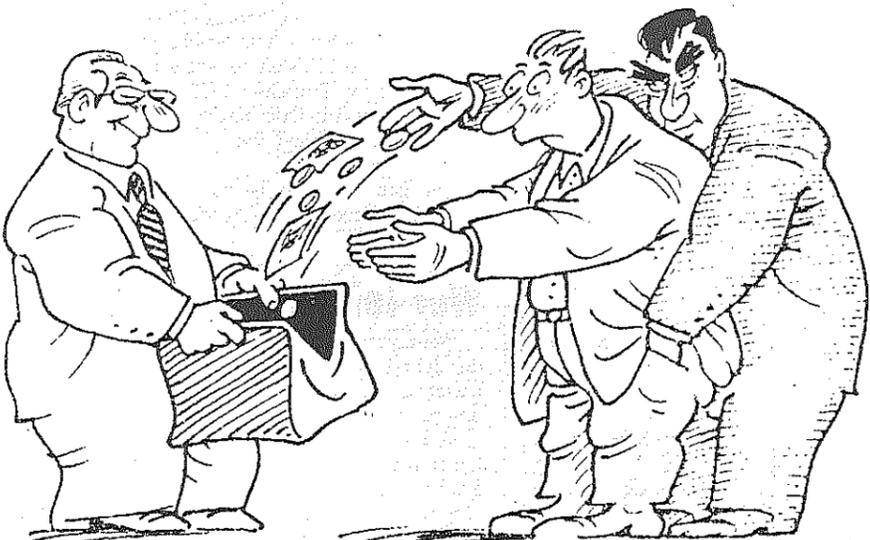
## Arbeitslosigkeit steigt

Dementsprechend katastrophal waren auch die neuen offiziellen Arbeitslosenzahlen, die einen Tag nach der Prognose des DIW veröffentlicht wurden. Offiziell liegt die Arbeitslosigkeit bei 3,125 Millionen insgesamt.

Dazu kommen allerdings noch: Die Massenentlassungen zum Jahresende in Ostdeutschland. Die ostdeutsche Betriebsräteinitiative schätzt, daß dort zum 31.12.1992

rund 250.000 Arbeiter ihren Job verloren haben.

- Allein 800.000 ältere Arbeitslose im Osten (Männer über 59 und Frauen über 54) werden als Vorruheständler, nicht als Arbeitslose gezählt
- In Ostdeutschland gibt es über drei Millionen Arbeitslose statt der offiziellen 1,1 Millionen, wenn ABM (354.800), Weiterbildungsmaßnahmen (479.600), Kurzarbeit (233.400) und Vorruhestand (800.000) hinzugezählt werden.
- Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich vom August bis zum Jahresende 1992 auf 649.600 vervielfacht. Vielen von ihnen droht bald Arbeitslosigkeit.



Jeder muß Opfer bringen

## Aachen

### JRE gegen Jugendarbeitslosigkeit

Zum Thema „Jugendarbeitslosigkeit“ hatte die Gruppe Aachen-Nord von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) Franz-Peter Beckers, Sekretär der Aachener IG Metall, eingeladen. Er schilderte die Lage der Metallbranche in der Region Aachen.

1992 wurden über 600 Arbeitsplätze vernichtet. 1993 werden schätzungsweise weitere 1000 Stellen abgebaut. Im Januar enden viele Auszubildungsverhältnisse. In fast allen Betrieben werden die Auszubildenden nicht übernommen. „Daß ganze Jahrgänge blaue Briefe bekommen, ist eine neue Situation“ sagte Beckers. Bedrohlich nannte er auch die Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt. Eine Wende zum Schlechteren zeichnet sich auch hier ab. Die Zeiten, in denen jeder Bewerber gute Chancen hatte, einen Ausbildungsplatz in der Metallbranche zu bekommen, gehen zu Ende. Dafür gibt es mehrere Ursachen. Verschärfte Rationalisierung bedeutet Arbeits- und Ausbildungsplatzabbau.

Die Krise in der Metallindustrie führt zu Entlassungen im grossen Umfang. Eine Aachener Maschinenbaufirma wurde durch Babcock aufgekauft, um sich Konkurrenz vom Leibe zu schaffen. Mit 240 Arbeitsplätzen sollen auch alle Ausbildungsplätze wegfallen. Das Schicksal der bereits eingestellten Azubis ist ungewiß.

Die High-Tech-Betriebe, von vielen Politikern als Hoffnungsträger für die Region gepriesen, bilden kaum oder gar nicht aus. Neu angesiedelte Niederlassungen großer Konzerne wie Mitsubishi oder Ericson bilden nicht aus.

Seit Jahren gibt es einen Trend der Verlagerung der Ausbildungsplätze von den Groß- zu den Kleinbetrieben und ins Metallhandwerk. Das heißt ein Trend zur schlechteren Ausbildung.

Fazit: Stellenabbau, mit oder ohne Entlassungen, führt direkt in die Jugendarbeitslosigkeit. Immer mehr Jugendliche stehen nur noch vor der Alternative, entweder sofort oder erst nach der Ausbildung arbeitslos zu sein. Steigende Jugendarbeitslosigkeit, Unsicherheit und Perspektivlosigkeit sind aber der Boden, auf dem die braune Saat der Faschisten aufgehen kann. Die Anwesenden waren sich einig, daß der Kampf gegen Rassismus und Faschismus verbunden werden muß mit dem Kampf für Ausbildungs- und Arbeitsplätze für alle.

Die Faschisten haben keine Basis in den Betrieben. Beckers berichtete, dort wo es überhaupt einzelne Rechtsradikale im Betrieb gäbe, seien sie vollständig isoliert. Auch das Verhältnis zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen sei in den Betrieben in der Regel sehr gut. Neuerdings gäbe es allerdings in zwei örtlichen Großbetrieben Tendenzen, daß sich die ausländischen Jugendlichen von den deutschen Kollegen abkapseln.

Wir von JRE wollen auch in Zukunft das Thema „Jugendarbeitslosigkeit“ aufgreifen und mit der Gewerkschaftsjugend zusammenarbeiten. Wir hoffen, daß noch mehr ausländische Jugendliche bei JRE mitmachen, damit wir gemeinsame Probleme auch gemeinsam bekämpfen können.

Georg Kümmel, Aachen  
JRE- und ÖTV-Mitglied

Jeder kennt die Greuelthaten des Nazi-Regimes: Vernichtung aller demokratischen Rechte, Inhaftierung und Folter Hunderttausender Linker und Gewerkschafter in den KZs, Systematischer Mord an Behinderten („unwertes Leben“), Völkermord an den Juden, Sinti und Roma, buchstäbliche Sklaverei in den Großkonzernen, Anzettelung eines Krieges, der 55 Millionen Menschenleben kostete.

Doch so ein Regime fällt nicht vom Himmel, es wurde 1933 bewußt an die Macht gebracht – gegen den Willen der Mehrheit der Deutschen. Wer brachte Hitler an die Macht? Warum? Wie wäre es zu verhindern gewesen? Wenn wir diese Fragen nicht beantworten, können wir die Neo-Nazis heute oder die Gefahr einer Diktatur in der Zukunft nicht effektiv bekämpfen.



Der Naziterror beginnt: 40 000 SA Sonderpolizisten verschleppen Mitglieder der Arbeiterbewegung ins KZ

# Das Kapital bringt Hitler an die Macht

Das Nazi-Regime wurde durch eine bewußte, nüchterne Entscheidung der Unternehmer, Bankiers, ihrer Reichswehr und ihres Staatsapparates an die Macht gebracht. Ihr Auftrag lautete: die absolute Zerstörung der Organisationen der Arbeiterbewegung und die Vernichtung aller Möglichkeiten, sich erneut zu organisieren durch die Abschaffung aller demokratischen Rechte.

Die Ziele der Chefs der deutschen Industrie waren die Steigerung ihrer Profite durch die erhöhte Ausbeutung ihrer Belegschaften und ein neuer Weltkrieg, um Rohstoffquellen und Absatzmärkte zu erobern. Die von ihnen installierte Diktatur sorgte dafür, daß den Interessen der Industriellen von Niemanden widersprochen wurde.

Diese Herren waren bereit, die verrückte rassistische Ideologie Hitlers und die völkermörderischen Folgen in Kauf zu nehmen, wenn es um ihr Eigentum ging. Für sie bedeuteten die KZs, die endgültige Zerstörung der Gewerkschaften, das Verbot von SPD, KPD, und selbst der bürgerlichen Parteien und die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie eine Garantie für die Verteidigung ihres Wirtschaftssystems gegen die Gefahr einer sozialistischen Demokratie der Arbeiter. Wie der Stahlboß Fritz Thyssen sagte: „Für uns heißt Demokratie ... nichts!“

Schon nach dem 1. Weltkrieg wurden brutalisierte Soldaten und monarchistische Offiziere in den Freikorps und später in der „Schwarzen Reichswehr“ organisiert und von den Unternehmern und Junkern dafür bezahlt, tausende von Arbeitern umzubringen. Sie bildeten den Kern von Hitlers SA und SS. Nach dem gescheiterten Putsch 1923 wurde die

Nazi-Partei durch Spenden am Leben gehalten, bis sie dann ab 1929 von den Chefs der Schwerindustrie (Thyssen, Krupp, Kirdorf) und Bankiers massiv finanziert wurde. Hitler selbst erklärte die Bedeutung dieser geheimen, materiellen Hilfe für seinen Wahlkampf 1933, als der Nazi-Stimmanteil von 2,6 Prozent auf 18,4 Prozent angestiegen war: „Stellen Sie sich vor, was es bedeutet, wenn eintausend Rednern je ein Auto zur Verfügung steht und sie auf 100.000 Veranstaltungen in einem Jahr reden können.“

Im Oktober 1931 wurde mit massiver finanzieller Unterstützung des Medienzaren Hugenberg ein Bündnis der Nazis, der Nationaldeutschen Partei, des Stahlhelms und der anderen rechten Organisationen, die „Harzburger Front“, gegründet.

Am 27. Januar 1932 wurde Hitler von den Unternehmern in den Düsseldorf Industrieklub eingeladen, sein Programm zu erklären. Dort versicherte Hitler, daß er trotz seiner antikapitalistischen Propaganda für

die Massen in ihrem Interesse handeln und ihr Privateigentum schützen würde.

Im November 1932 baten prominente Bankiers und Industrielle Präsident Hindenburg, Hitler zum Reichkanzler zu ernennen.

Am 4. Januar 1930 wurde bei einem Geheimtreffen zwischen Hitler und Vertretern der Reichswehr und der Unternehmer im Haus des Kölner Bankiers Baron von Schroeder entschieden, eine Regierung aus Hitler und Nationalisten zu bilden. Die faschistische Massenbewegung sollte die Arbeiterparteien endlich zerstören und eine breite Basis für die Regierung schaffen.

Kannten die Herren der Wirtschaft und Politik Hitlers Vorhaben nicht? Das kann man kaum behaupten, denn in seiner geheimen Broschüre für Industrielle schrieb er selbst 1927:

„Anstelle des Volks- und Rassenwertes huldigen Millionen von Menschen unseres Volkes heute dem Gedanken der Internationalität.“



SA in Berlin

## Was machten die Vorläufer von CDU und FDP?

Die Vorläufer von CDU und FDP, die Zentrums- und die Deutsche Volkspartei, tragen die Hauptschuld für die Machtergreifung Hitlers. Sie halfen direkt bei der Abschaffung der demokratischen Rechte. Trotz all ihrer Reden über „Demokratie“ war von ihnen nichts anderes zu erwarten, nachdem sich ihre Herren, die deutschen Industriellen, für den Faschismus entschieden hatten.

Das Ende der parlamentarischen Demokratie kam eigentlich schon 1930, als das Zentrums-Mitglied Brüning eine halbe Diktatur errichtete und durch Notverordnungen ohne den Reichstag regierte. Noch schlimmer war das Regime von Papens – auch Mitglied des Zentrums. Von Papen sprach Hitlers Machtergreifung mit Präsident Hindenburg, der Reichswehr und den bürgerlichen Parteien ab und diente selbst als Vizekanzler in Hitlers erstem Kabinett.

Die Konservativen und Liberalen liebabgelten mit den Nazis schon

seit 1929, als sie den Nazi Frick als Minister für Inneres in ihre Regierung in Thüringen aufnahmen – ab 1933 war er als Reichsminister für Inneres für die Verfolgung von SPD, KPD und Gewerkschaften zuständig.

Während die SA-Banden KPD- und SPD-Mitglieder verhafteten und sie in privaten und offiziellen Folterkammern zu Tode quälten, stellte sich die Zentrums-Partei nicht etwa gegen das Hitler-Regime, sondern versuchte als Koalitionspartner in die Regierung einzutreten!

Diese Demokraten stimmten am 23. März ganz bewußt der Abschaffung der Demokratie und der Festigung der Diktatur durch das Ermächtigungsgesetz zu. Jeder einzelne Abgeordnete der bürgerlichen Parteien stimmte zu, wie zum Beispiel Theodor Heuss, der später FDP-Bundespräsident wurde. Die Zentrumsabgeordneten lehnten selbst einen Antrag der SPD auf Freilassung der inhaftierten Abgeordneten ab.

Konrad Adenauer, damals Führer der Zentrums-Partei, später CDU-

Bundeskanzler, schrieb 1934 dem Nazi-Innenminister Frick: „Ich habe immer gesagt ... es war falsch, eine so wichtige Partei wie die NSDAP von der Regierung auszuschließen.“

Während KPD und SPD verboten und ihre Mitglieder verfolgt und umgebracht wurden, arbeiteten die bürgerlichen Parteien bei der Errichtung des Einparteienstaats mit – sie lösten sich selbst auf. Die Zentrums-Partei verkündet am 5. 7. 1933: „Mit dieser Auflösung gibt sie ihren Anhängern die Möglichkeit, ihre Kräfte und Erfahrungen der unter Führung des Herrn Reichskanzlers stehenden nationalen Front zur positiven Mitarbeit rückhaltlos zur Verfügung zu stellen“ (Hervorhebung im Original).

Nach 1945 stellten diese Leute ihre Kräfte und bereicherten Erfahrungen der Demokratie als CDU-, CSU- und FDP-Abgeordnete zur Verfügung. Eine der größten „Fraktionen“ im ersten Bundestag war die der ehemaligen NSDAP-Mitglieder – jetzt unter als Abgeordnete der CDU und „aufrechte“ Demokraten.

Anstatt der Kraft und Genialität der Persönlichkeit setzt man, nach dem Wesen einer widersinnigen Demokratie, die Majorität der Zahl, also tatsächlich Schwäche und Dummheit.

Und anstatt die Notwendigkeit des Kampfes zu erkennen und zu bejahen, predigt man die Theorie des Pazifismus, der Völkerversöhnung und des ewigen Weltfriedens.“

### Jeder Boss ein Hitler

Für die Unternehmer wurde dann die Nazi-Diktatur vor allem ihre eigene Diktatur im Betrieb. Die Zerstörung der Gewerkschaften und Betriebsräte unter der Terrorherrschaft sorgte für Ruhe statt Klassenkampf. Offiziell gab es gar keine Klassen mehr – Deutschland wurde eine „Völkergemeinschaft“. In Wirklichkeit gab es eine Klassenherrschaft so kraß wie noch nie. Das „Führerprinzip“ hieß, daß jeder Firmenchef ein kleiner Hitler wurde.

Das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ von 1934 regelte die absolute Unterwerfung der großen Mehrheit der Bevölkerung unter die Kapitalisten: „1) Im Betriebe arbeiten die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft ... 2) Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten...“

Die Naziherrschaft war im wahrsten Sinne des Wortes eine goldene Zeit für den deutschen Kapitalismus.

Beim Bankenkraus 1931 wurden die Banken nur durch eine Teilverstaatlichung gerettet. Jetzt wurden den Bankiers der Dresdner, Commerz und Deutschen Bank ihre Anteile für'n Appel und 'n Ei zurückgeschickt.

Privatisierung wurde großgeschrieben – die sehr profitablen kommunalen Versorgungsbetriebe wurden veramtscht.

1934 wurden Steuererleichterungen in Höhe von 500 Millionen Mark durchgeführt, „um das Geschäft wieder in Schwung zu bringen“.

Die Unternehmer konnten den Nazi-Terror nutzen, um die Hungerlöhne der Wirtschaftskrise auch während des Rüstungsbooms zu halten. Der Tariflohn eines Facharbeiters sank von 101 Pfennigen 1929 auf 81,6 Pfennige 1932 und 79 Pfennige 1939.

Die Bosse konnten sich unverschämte bereichern – auf Kosten der entrechteten Arbeiter. Zwischen 1932 und 1938 stieg der Anteil der Kapitalisten am Volkseinkommen von 17,4 auf 26,6 Prozent.

Hitler gab als Kriegsvorbereitung enorme Summen für die Aufrüstung aus.

### Entwicklung der Rüstungsausgaben

Jahr	Anteil an den öffentlichen Investitionen	
1933	23%	720 Mio.
1934	49%	3,3 Mrd.
1935	56%	5,15 Mrd.
1936	68%	9,0 Mrd.
1937	70%	10,8 Mrd.
1938	74%	15,5 Mrd.

Die Last trugen die kleinen Leute, die Gewinne bekamen die gleichen Bosse der Schwerindustrie, die die Nazis finanziert hatten. 1933 bis 1938 stiegen die Gewinne insgesamt von 6,6 auf 15 Milliarden Mark. Siemens verdoppelte, Krupp und Mannesmann verdreifachten und die Waffenwerke verzehnfachten ihre Gewinne.

### Die Investition in die NSDAP hatte sich rentiert

Doch es kam ein noch besseres Geschäft. Durch die Eroberung Europas standen alle Rohstoffquellen zur Verfügung, die Konkurrenz ausländischer Firmen wurde ausgeschaltet und vor allem gab es eine unerschöpfliche Reserve billiger Arbeitskräfte in Form von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. Die Konzentrationslager und die Betriebe wurden völlig integriert: Krupp/Auschwitz, Siemens/Ravensbrück, Zeppelin/Sachsenhausen. Arbeitsfähige Gefangene wurden auf Abruf geliefert, arbeiteten bis zur Erschöpfung und wurden dann vergast.

Oder wurden die Unternehmer von den Nazis „gezwungen“, die Sklaven zu beschäftigen? Im Gegenteil. Max Faust, Oberingenieur des Werkes Auschwitz der IG Farben (heute Bayer, BASF, Hoechst), klagt: „Bedauerlich hierbei ist, daß die Gestapo bei der Behandlung von Fragen der Arbeitsummelei nicht so prompt arbeitet, wie dies von uns gewünscht wird.“

Die Firmen bekamen diese Arbeitskräfte für nur 4 Mark bzw. 6 Mark für Facharbeiter pro Tag und machten fantastische Gewinne. Viele Betriebe der bekanntesten Firmen der Bundesrepublik wurden damals von Sklaven aufgebaut, mit garantierten Profiten durch Nazi-Rüstungsaufträge. Diese Anlagen waren das Fundament des „Wirtschaftswunders“ der Nachkriegszeit.

Die Kollektivschuldthese – daß alle Deutschen am Faschismus und Krieg gleich Schuld waren – dient vor allem diesen Herren, denn durch sie können sich die Hauptschuldigen ausgerechnet in der Masse der Bevölkerung verstecken, gegen die sie die Nazis losließen.

### Wer leistete Widerstand?

Wenn vom Widerstand gegen Hitler die Rede ist, werden auch immer wieder liberale oder christliche Opfer der Verfolgung genannt. Der seit 1933 geleistete Widerstand von Hunderttausenden Arbeitern wird dagegen oft heruntergespielt.

Von den 302.562 politischen Gefangenen, die 1939 in den KZs noch am Leben waren, zählten über 90 Prozent zur SPD und KPD, die Mehrzahl waren Kommunisten. Konrad Adenauer wurde dagegen nach einigen Tagen Gefängnis auf Rente in die Eifel geschickt.

Jedes Jahr wird das Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 gefeiert. Verschwiegen wird, daß die reaktionären Armeeeoffiziere um Stauffenberg keine Demokratie, sondern eine andere bürgerliche Diktatur anstrebten.

# Kampflose Kapitulation der Arbeiterbewegung

Hitler hätte durch die mächtigste Arbeiterbewegung der Welt gestoppt werden können. Aber die Führer von SPD und Gewerkschaften kapitulierten kampflos und demoralisierten so die ganze Arbeiterklasse. Nur deshalb konnte das Hitler-Regime so uneingeschränkt seine Terrorherrschaft ausüben und den Weg zum Zweiten Weltkrieg einschlagen.

Die SPD-Führung und die bürgerlichen Geschichtsschreiber erklären den Untergang der Weimarer Republik als Folge der Kämpfe der linken und rechten „Extremisten“ und stellen so den kommunistischen Teil der Arbeiterbewegung mit den Faschisten auf eine Ebene. Hätten nur alle Menschen guten Willens mit Respekt vor den Weimarer Institutionen vernünftig zusammengearbeitet!

In Wirklichkeit existierte der demokratische Rechtsstaat nur in den Köpfen der sozialdemokratischen Parlamentarier. Die Reichswehr wollte die Republik nie. Die Justiz war wie schon im Kaiserreich eine Klassenjustiz, verfolgte die Linken und ließ die Rechtsterroristen laufen. Seit der Wirtschaftskrise 1929 arbeiteten die Stützen der Wirtschaft unter der Tarnung der bürgerlich-„demokratischen“ Parteien auf eine offene Diktatur des Kapitals hin und am Ende stand die SPD allein auf dem „Boden der Verfassung“ – gegen die Realitäten der Klassengesellschaft.

Die SPD-Führer konnten den Sozialismus predigen und dem Kapitalismus dienen, solange die Gewinne groß genug waren, um leichte Verbesserungen der Löhne und Sozialreformen zu ermöglichen und die Arbeiter halbwegs zufriedenzustellen. Doch die Weltwirtschaftskrise 1929 „machte binnen weniger Monate alle sozialdemokratischen Thesen über den stabil organisierten Kapitalismus und das friedliche Herinwachsen in die Wirtschaftsdemo-

regierte und den Weg zur Militärdiktatur ebnete. Unglaublich aber wahr: Die SPD-Führung tolerierte das Brüning-Regime, das die parlamentarische Demokratie abgeschafft hatte, um täglich brutale Angriffe auf die Lebensbedingungen der Arbeiter und Arbeitslosen zu ermöglichen! Begründung: Brüning sei ein kleineres Übel als Hindenburg.

Später half die SPD dem Erzreaktionär Hindenburg bei seiner Wiederwahl als Reichspräsident. Begründung: Er sei ein kleineres Übel als Hitler. Hindenburg bedankte sich mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und der Vernichtung der SPD.

So tief war die Krise, so deutlich war die Unvereinbarkeit von Arbeiter- und Unternehmerinteressen, daß die gleichzeitige Existenz des Kapitalismus und der Arbeiterbewegung – und damit aller demokratischen Rechte – unvereinbar wurde. Das eine mußte das andere vernichten. Die Frage war, wer wen vernichtet.

Die Herrschenden gingen immer weiter nach rechts. Selbst die Regimes Brünings, von Papens und von Schleichers reichten nicht aus, weil dem repressiven Staatsapparat die Massenbasis fehlte. Nur die Nazis mit 400.000 Mann in SA und SS konnten diese liefern.

Doch andererseits war auch die Arbeiterbewegung gefährlich stark: „Rotfrontkämpferbund“ der KPD (bzw. nach dem Verbot 1929 „Kampfbund gegen den Faschismus“ über 100.000, „Reichsbanner“ 3,5 Millionen, 400.000 Elitetruppen der „Schutzformationen“, beide sozialdemokratisch. In den Betrieben organisierten sich die Gewerkschaften in den „Hammerschaften“. Die sozialdemokratischen Organisationen plus die Arbeitersportvereine usw. waren in der „Eisernen Front“ zusammengefaßt.

Doch die Führungen von SPD und ADGB bremsten und lähmten die eigene Basis. Zweieinhalb Jahre lang sahen sie tatenlos zu, wie Deutschland in die Barbarei abrutschte.

Die SPD wußte schon 1930, was der Faschismus bedeuten würde. In einem Memorandum der Reichstagsfraktion hieß es: „Eine verschleierte oder unverschleierte Hitler-Regierung hat die vollständige Ausschaltung des Reichstags und darüber hinaus die Zerschlagung aller demokratischer Rechte zum Ziel. Die Folge wäre... Zertrümmerung aller Organisationen der Arbeiter-



Aufmarsch des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“

schaft, dauernder militärischer Belagerungszustand, Aufhebung aller Presse-, Versammlungs- und sonstiger politischer Freiheiten, ständige Gefahr des Bürgerkrieges im Innern und des Revanchekrieges nach außen.“

Und trotzdem führte sie die Politik des Lavierens und der Passivität bis zur kampflosen Kapitulation fort. Um sich Hindenburg und den Nationalisten als zuverlässig zu erweisen, wurden linke Abgeordnete aus der Partei ausgeschlossen, weil sie der Kriegsvorbereitung (Panzerkreuzerbau) nicht zustimmen wollten und die Jungsozialisten wurden aufgelöst, weil sie aktiv gegen die faschistische Gefahr kämpften wollten.

## Hoffen auf die preußische Polizei

Eine Begründung für die Passivität war der Versuch, das „sozialdemokratische Bollwerk“ der preußischen Landesregierung zu erhalten. Deren Polizei sollte den Schutz vor einem Nazi-Putsch garantieren. Die Führung setzte immer noch auf den Staatsapparat, statt die eigene Kraft der Arbeiterbewegung zu mobilisieren.

Brüning verbot im April 1932 die SA, worauf Hindenburg ihn absetzte und von Papen, den Mann der Reichswehr, zum Reichskanzler machte. Der hob das Verbot wieder auf. In den nächsten drei Wochen gab es allein in Preußen 461 Straßenschlachten mit 82 Toten und 400 Schwerverletzten. In den folgenden zwei Wochen gab es weitere 76 Tote und 350 Verletzte, bis schließlich die Nazis in der Arbeiterhochburg Hamburg-Altona einmarschierten – unter Schutz der preußischen Polizei!

Aber hier kämpften alle Teile der Arbeiterbewegung gemeinsam und siegten. Die Arbeiter Altonas vertrieben die 11.000 Nazis und setzten ein konkretes Beispiel für die ganze Arbeiterklasse – zum Schreck der Herrschenden.

Hindenburg und von Papen nutzten den Verteidigungskampf der Hamburger Arbeiter als Vorwand, um die demokratisch gewählte SPD-Regierung Preußens am 20. Juli 1932 einfach abzusetzen. Die SPD-Führung wurde vorgewarnt... und schwieg.

Dieser Putsch war die letzte Vorstufe zur Diktatur, der größte und letzte Test für SPD und ADGB und ihre beste Gelegenheit, daß Steuer herumzureißen. Millionen Arbeiter warteten in den Betrieben auf den Aufruf zum Generalstreik, Millionen Mitglieder der Schutzorganisationen warteten auf das Signal, den Kampf gegen die drohende Diktatur aufzunehmen, wie sie es 1920 gegen den Kapp-Putsch getan hatten.

Doch im SPD-Parteitag „Vorwärts“ hieß es: „Kein Generalstreik!“ Die Arbeiter wurden mit leeren Worten

von „Kampfbereitschaft“ und „strenger Disziplin“ abgespeist. Jegliche Initiative von unten wurde verboten: „Wilden Parolen von unbefugter Seite ist Widerstand zu leisten.“ Die ADGB-Bürokraten lähmten ihre Mitglieder mit dem Befehl, „Besonnenheit bewahren“ und mit dem üblichen Lob auf „Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten.“



Warum rief die ADGB-Führung nicht wie 1920 zum Generalstreik auf? Weil er nichts nützen würde? Im Gegenteil, weil er drohte, zu erfolgreich zu werden! Als die Reichswehr 1920 nichts gegen den Putsch unternahm, taten es die Arbeiter. Sie siegten und gingen nahtlos zum Kampf für den Sozialismus über, woraufhin SPD-Reichspräsident Ebert die Reichswehr und die blutrünstigen Freikorps gegen die Arbeiter losließ. Die SPD- und ADGB-Führer hatten mehr Angst vor einem Sieg der Arbeiter als vor einer Niederlage!

Aber sie mußten irgendetwas tun. Aber was? „Kein Wort der Empörung, keine sichtbare Erregung... Ich hatte den Eindruck; daß man (!) allgemein ratlos war, was zu tun sei“, so beschrieb Otto Wels selbst die Lage. Mit ewigem Vertrauen in die Illusion des Rechtsstaates wurde der Staatsgerichtshof angerufen, der feststellen sollte, daß der Putsch nicht fair gewesen sei. Die Basis wurde auf die nächste Reichstagswahl orientiert.

Diese Wahl brachte aber keinen Sieg, sondern eine Niederlage, denn die Basis war von der kampflosen Hinnahme des Putsches weiter demoralisiert worden.

So wie es am 20. Juli 1932 kam, so sollte es auch am 30. Januar 1933 kommen.

## Der 30. Januar 1933: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht

„Die Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft stehen auf dem Spiel!“ erklärte die ADGB-Führung nach Hitlers Machtergreifung. Die Arbeiter hatten das schon bemerkt. Sie fingen spontan an zu streiken oder zu demonstrieren, doch die Führung holte sie zurück.

„Laßt Euch nicht zu voreiligen Einzelaktionen verleiten.“ Der SPD-Vorstand: „Undiszipliniertes Vorgehen einzelner Organisationen oder Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse zum schwersten Schaden gereichen.“ Und dann wie immer das übliche Lied von „Kaltblütigkeit, Entschlossenheit, Disziplin, Einigkeit“... bis in die Katastrophe.

Einigkeit wollten die Arbeiter, aber Einigkeit im Kampf! Fünf Tage vor dem 30. Januar hatten 130.000 Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Kommunisten gemeinsam in Berlin ihre Stärke demonstriert. Doch sie waren unbewaffnet. Außerdem hatte die herrschende Klasse seit der Kapitulation vom Juli 1932 die Angst vor einem Bürgerkrieg verloren. Sie konnte sich auf die Führer von SPD und ADGB verlassen.

Die SPD-Führer beschritten weiterhin den Weg der „Legalität“ und rich-

teten ihre Augen auf... ja, noch eine Wahl! Nach der faschistischen Machtergreifung! Sie hatten sich entschieden, die größte Niederlage in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung passiv hinzunehmen. Angeblich wollten sie so „Blutvergießen vermeiden“, als ob sie nicht wüßten, daß dies der erste Schritt zum Weltkrieg war.

Doch selbst diese Entscheidung verschwiegen sie der Basis, denn die hätte gemeutert. Der Aufruf der SPD am 30. Januar versprach „den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse“ und „Einsatz der letzten und äußersten Kräfte“, aber nur um diese Arbeiterklasse ruhig zu halten.

Graßmann vom ADGB behauptete, daß „von den Gewerkschaften alle Vorbereitungen für einen Eventualfall getroffen“ seien. Eine glatte Lüge! Es gab keine Vorbereitungen, keinen Plan für den „richtigen Zeitpunkt“, weil es für diese Leute keinen richtigen Zeitpunkt gab. Es war immer „zu früh“ bis es „zu spät“ war.

Das zynische Verliererspiel dieser Bürokraten wird im Protokoll der Sitzung des SPD-Parteivorstandes mit Vertretern des ADGB am 5. Februar erstaunlich deutlich. Wels, SPD-Parteivorstand, sah die Gefahr (!), „daß die Arbeiter nicht mehr zu halten seien... Wenn die Lawine ins Rollen komme, müßten wir doch versuchen, sie in unsere Bahnen zu leiten.“

Künstler, SPD-Vorstand: „Mit jeder Maßnahme der Hitler-Regierung wachse in den Arbeiterkreisen Widerstand. Es ergäbe für uns die Frage, ob wir die Arbeiter immer weiter zurückhalten sollten, wenn sich die Stimmung steigere und sie schließlich den kommunistischen Parolen Folge leisteten.“ Ohne die abstoßende, sektiererische Haltung der KPD-Führung wäre das auch der Fall gewesen.

Um zu vermeiden, daß die Arbeiter noch einmal wie 1918, 1919, 1920 und 1923 versuchten, die Staatsmacht in die eigenen Hände zu nehmen und ihre eigene, sozialistische Demokratie zu schaffen, wollten einige SPD-Führer zu einem Generalstreik, befristet auf einen Tag, aufrufen. Stampfer, SPD-Vorstand: „Das wäre ein Demonstrationsstreik, durch den auch gewissermaßen ein Ventil geöffnet würde.“ Solch ein Spiel war doch gefährlich, denn die Arbeiter könnten außer Kontrolle geraten. Um das zu verhindern, müßte vorher eine Verständigung mit der KPD stattfinden. „Dabei müßte ihnen ganz klipp und klar gesagt werden, daß unser Ziel nicht die Errichtung eines Sowjetdeutschlands (d.h. eines demokratisch-sozialistischen Deutschlands, B.K.) wäre.“

Dem Leser mag schlimm erscheinen, was die SPD- und Gewerkschaftsführer



Propagandamarsch des „Rotfrontkämpferbundes“

kratie zur Makulatur“ (Arno Klönne, „Deutsche Arbeiterbewegung“).

## Verteidigung des Kapitalismus um jeden Preis

1929 stieg die Arbeitslosigkeit auf drei, 1932 auf sieben Millionen. Nur ein Drittel der Arbeiter waren vollbeschäftigt. Die Löhne wurden fast halbiert, Sozialleistungen ständig abgebaut. Der Kapitalismus zeigte sein wahres Gesicht. Und trotzdem taten die Führer der SPD und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) alles, um eine sozialistische Revolution zu vermeiden.

Zuerst versuchten die Herrschenden, die SPD zu nutzen, um die Arbeiter zur freiwilligen Aufgabe ihrer Interessen zu bewegen: Die SPD war 1928 bis 1929 in einer großen Koalition. Doch der Interessengegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern wurde zu groß und die Koalition zerbrach.

Es folgte die Halbdiktatur Brünings, der autoritär durch Notverordnungen

Dafür hatten sie zwei Gründe: Wirtschaftlich hofften sie auf die Selbstheilung des Kapitalismus, anstatt für die einzig mögliche – sozialistische – Alternative zur Depression zu kämpfen. Politisch hoffte sie auf die Neutralität des „Rechtsstaats“, die sie vor dem Faschismus schützen würde.

Wie auch heute äußerte sich damals die Unzufriedenheit der Opfer von Sozialabbau und Massenentlassung in die falsche Richtung, weil die SPD keine konsequente Oppositionspolitik betrieb. Aber die Millionen ruinierten Bauern, Kleinbürger und Arbeitslosen waren nicht nur unzufrieden, sie waren verzweifelt. Und die SPD bat sie, auf die nächste Reichstagswahl zu warten...

So lag es an der SPD-Politik, daß Hitler eine Massenbasis bekommen konnte. Die SPD-Führung hatte hauptsächlich Angst davor, daß die KPD ihre Basis zu sich gewinnen und dem ganzen Elend durch den Sturz des Kapitalismus ein Ende setzen würde – was Dank der verhängnisvollen ultralinken Politik der KPD-Führung nicht passierte. Die Führungen der beiden Arbeiterparteien waren gleich sektiererisch und spalteten gemeinsam die Arbeiterklasse. Das war die große Chance für das Kapital, den faschistischen Putsch zu riskieren.



um den 30. Januar 1933 taten bzw. nicht taten. In den kommenden Ausgaben der VORAN haben wir leider noch schlimmeres von ihrer Politik in den Monaten nach der Machtergreifung Hitlers zu berichten.

Alle Artikel auf Seiten 4 und 5 von Brent Kennedy, Köln, SPD-Mitglied

# Sozialismus

## Ausweg aus der kapitalistischen

„Der Sozialismus ist tot, es lebe die Marktwirtschaft“ hat es nach dem Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa geheißt. Inzwischen ist das Hochgefühl der Befürworter des Kapitalismus über den „Sieg“ allerdings zu Recht einem tiefen Pessimismus gewichen. Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter sagte neulich, daß der Abschwung keine der üblichen Dellen sei, sondern ein Übel, das die Welt über die nächsten 30 oder 50 Jahre prägen wird.

Der Präsident des Bankenverbandes sprach von bevorstehenden „sieben mageren Jahren“. Wir haben aber jetzt schon über 3 Mio Arbeitslose und 4,2 Mio Sozialhilfeempfänger. Gleichzeitig sehen wir die Katastrophenbilder des Tankerunglücks vor den Shetland Inseln, daß die Lebensgrundlage der Inselbewohner zerstört hat. Es war die dritte Tankerkatastrophe innerhalb von 18 Monaten. Schon damals war klar, daß es an veralteten, unsicheren und mit ungeschulten und unzureichendem Personal ausgestatteten Schiffen lag. Politiker redeten, Umweltschützer klagten, die verantwortlichen Unternehmer schoben die Schuld von sich. Mehr und mehr wird unsere soziale und ökologische Lebensgrundlage den Profitinteressen der Konzerne geopfert.

1992 gab es so viele Kriege wie seit 1945 nicht mehr. Wurden in den 70er Jahren 32 Kriege gezählt, so sind es jetzt 52. In den USA leben ca. 20 Prozent der Bevölkerung (35,7 Millionen) unter der Armutsgrenze, darunter jedes fünfte Kind. 30 Millionen US-Amerikaner haben nicht genug zu Essen. Das ist eine Verdoppelung seit Mitte der 80er Jahre.

Den „Segen“ der Marktwirtschaft bekommen vor allem die Länder der ehemaligen Sowjetunion zu spüren. Die Wirtschaft ist nahezu zusammengebrochen, die Kriminalität steigt explosionsartig, die Preise sind so hochgeschwollen, daß viele, vor allem ältere Menschen, sich nicht mehr ernähren können. Im Raum Moskau und St. Petersburg sollen bis Jahresende 10 bis 11 Millionen Menschen ihre Arbeit verlieren.

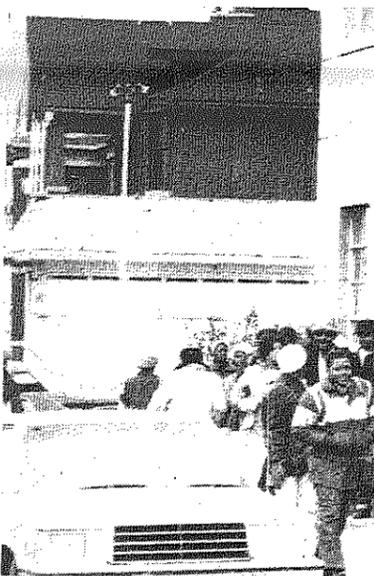
Wir kennen alle die Bilder von Elendsvierteln und den unzähligen Straßenkindern in Lateinamerika, die keine Zukunft haben. Aber das Elend ist nicht auf die Entwicklungsländer beschränkt. In Berlin gibt es zum Beispiel 5000 Straßenkinder und 150.000 Obdachlose. Das sind die extremsten Erscheinungen des Niedergangs des Kapitalismus. Doch wir sind fast alle betroffen. Wohnungsnot (2,5 Millionen Wohnungen fehlen), Arbeitslosigkeit und weiterer Arbeitsplatzabbau, keine Übernahme nach der Ausbildung und der Abbau von sozialen Sicherungen sind einige Auswirkungen der Unfähigkeit des Kapitalismus, den von der Bevölkerung erarbeiteten Reichtum sinnvoll einzusetzen.

Das ist das Paradoxe: Einerseits gibt es zuviel Reichtum in wenigen Händen, andererseits wächst die Armut. Wirtschaftskrisen im Kapitalismus sind keine Naturkatastrophen, sondern haben ihre Wurzel im Profitsystem, daß mit Hilfe der Krisen seine Widersprüche zeitweilig auf unsere Kosten löst.

### Nur der Profit zählt

Im Kapitalismus wird nicht nach den Bedürfnissen des Menschen und der Natur produziert, sondern für den Profit. Deshalb fahren Öltanker eben unter der Flagge von Billiglohnländern. Dort sind Umweltauflagen und Sicherheitsbestimmungen kaum vorhanden und die Arbeitskraft nach westlichen Maßstäben fast umsonst.

Der blind wirkende Konkurrenzmechanismus bestimmt die Wirtschaft, nicht die bewußte, demokratische Entscheidung der arbeitenden Menschen. Jeder Unternehmer versucht, einen immer größeren Anteil am Markt zu bekommen, seinem Konkurrenten einen Teil abzufragen.



Hunger und Elend in der westlichen Welt

Aber während immer neue Möglichkeiten der Produktion entwickelt werden, untergräbt der Kapitalismus sein eigenes Fundament.

Der Lohn der Arbeiter entspricht nur einem Teil von dem, was sie an Werten schaffen. Der Rest wandert in Form von Profiten in die Taschen der Kapitalisten, die aber nur dann wieder investieren, wenn es sich für sie wirklich lohnt. So kann es dazu kommen, daß wie im Augenblick in Deutschland

die Unternehmer laut Bundesbankbericht 1.670 Milliarden Milliarden Mark auf der hohen Kante haben, während immer mehr Menschen arbeitslos werden und in vielen Bereichen, z.B. Wohnungsbau und Umweltschutz, Bedarf genug besteht.

Der Staat schützt das Privateigentum an Produktionsmitteln (Fabriken, Maschinen, Rohstoffe), denn der Staat ist ein Klassenstaat, ein Handlanger der Unternehmer. Die Affären von Möllemann und Bundesbauministerin Schwätzer sind symptomatisch. In Krisenzeiten versucht er, die Steuern für Unternehmer zu senken und durch Privatisierungen von gewinnträchtigen Staatsbetrieben (Post, Bahn u.ä.) die Unternehmergewinne zu mehren. Als Ausgleich für die Unternehmenssteuerausfälle werden die Abgaben und Steuern für die Masse der Bevölkerung erhöht.

Die Folge der Konkurrenz sind Firmenpleiten und eine immer höhere Monopolisierung des Kapitals, die so weit geht, daß die Konkurrenz ausgeschaltet ist. Die wenigen übriggebliebenen Konzerne teilen sich den Markt auf und diktieren die Preise. Das sehen wir, wenn die Benzinpreise mal wieder steigen, sich alle Konzerne schon im Vorfeld einig sind und so tun, als ob sie noch über eine Erhöhung nachdenken.

Kapitalismus bedeutet Verschwendung. Kapitalismus heißt aber nicht nur Arbeitslosigkeit, steigende Armut und Umweltzerstörung, sondern auch Verschwendung. 41,3 Milliarden Mark wurden allein 1991 in der BRD für Werbung ausgegeben. Werbung, die nicht zur Aufklärung über ein Produkt da ist, sondern „notwendig“, um den Konkurrenten, dessen Produkt nicht schlechter ist, auszustechen, seinen eigenen Absatz zu vergrößern. Dabei wird gelogen und betrogen und die Menschen werden hinters Licht geführt. Man möge argumentieren, daß in der Werbebranche viele Menschen Arbeit finden. Doch könnten diese Menschen auch Informationsmaterial über

umweltgerechtes Haushalten, über technische Entwicklungen usw. erstellen. Auf jeden Fall könnten Milliarden für sinnvollere Dinge verwendet werden, wenn nicht der Profit entscheiden würde, was produziert wird, sondern der gesunde Menschenverstand der Masse der Bevölkerung. Ebenso ist es mit der Rüstungsindustrie. Für einen Panzer zum Beispiel könnte man in den Entwicklungsländern 1000 Klassenräume für 30.000 Schüler bauen.

Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik und deren Einsatz im Wirtschaftsprozess sind von entscheidender Bedeutung für die Steigerung der Produktivität und der Lebensqualität. Der finanzielle Aufwand für Forschung und Entwicklung ist inzwischen so hoch, daß ein Unternehmen allein oftmals finanziell überfordert ist. Andererseits läßt die Konkurrenz nur sehr begrenzte Zusammenarbeit zu, da Technologievorsprung ein Konkurrenzvorteil ist. Hat ein Unternehmen eine Neuheit entwickelt, läßt es sie sich patentieren, um somit anderen den Zugriff zu versperren. Es kommt sogar vor, daß Neuheiten patentiert oder Patente aufgekauft werden, die dann für immer in den Schubladen verschwinden, weil durch ihre Produktion Profite in anderen Bereichen geschmälert werden. Viele Konzerne arbeiten parallel an der Entwicklung von ein und der selben Sache. Das ist eine ungeahnte Verschwendung, die wir bezahlen müssen, denn die Entwicklungskosten werden auf die Preise umgelegt.

Wir brauchen eine demokratisch geplante Wirtschaft im Interesse und unter Kontrolle nicht einer kleinen Minderheit, sondern der Mehrheit der Bevölkerung. Die Gegner einer Planwirtschaft sagen, sie sei ineffektiv, bürokratisch, bremse die Eigeninitiative und töte die Motivation der Beschäftigten. Aber genau das Gegenteil würde in einer demokratischen Planwirtschaft der Fall sein.

Selbst die größten Gegner, nämlich die Konzernbosse von VW, Mercedes, Siemens usw., entwerfen 5- oder 10-Jahrespläne für ihre Konzernentwicklung. Warum lassen sie nicht die einzelnen Produktionsstätten in verschiedenen Städten und Ländern für sich produzieren und in Konkurrenz zueinander arbeiten? Weil es unsinnig, verschwenderisch und unrentabel wäre! Doch genau so arbeitet die kapitalistische Wirtschaft als Ganze.

### Konkurrenz zwischen militärischen und sozialen oder ökologischen Maßnahmen

Rüstung	Kosten in US Dollar	Soziales/Ökologie
Ausgaben der BRD für militärische Beschaffung, Forschung und Entwicklung, 1985	10,75 Milliarden Dollar	Geschätzte Kosten für die Sanierung des deutschen Teils der Nordsee
Weltweite Rüstungsausgaben für drei Tage	6,5 Milliarden Dollar	Fünf-Jahresprogramm zur Rettung des tropischen Regenwaldes
1 Trident U-Boot	1,4 Milliarden Dollar	Fünf-Jahresprogramm zur Impfung gegen tödliche Krankheiten, das 1 Million Todesfälle jährlich verhindert
Rüstungsausgaben der EG für 10 Tage	2,0 Milliarden Dollar	Jährliche Kosten für die Sanierung von Sondermülldeponien in zehn Mitgliedsländern der EG bis zum Jahr 2000

### Demokratische Planwirtschaft

Wir brauchen eine demokratisch geplante Wirtschaft im Interesse und unter Kontrolle nicht einer kleinen Minderheit, sondern der Mehrheit der Bevölkerung. Die Gegner einer Planwirtschaft sagen, sie sei ineffektiv, bürokratisch, bremse die Eigeninitiative und töte die Motivation der Beschäftigten. Aber genau das Gegenteil würde in einer demokratischen Planwirtschaft der Fall sein.

Selbst die größten Gegner, nämlich die Konzernbosse von VW, Mercedes, Siemens usw., entwerfen 5- oder 10-Jahrespläne für ihre Konzernentwicklung. Warum lassen sie nicht die einzelnen Produktionsstätten in verschiedenen Städten und Ländern für sich produzieren und in Konkurrenz zueinander arbeiten? Weil es unsinnig, verschwenderisch und unrentabel wäre! Doch genau so arbeitet die kapitalistische Wirtschaft als Ganze.

# Sackgasse

Wie erstellen die multinationalen Konzerne ihre Pläne? Sie stellen ihre Produktionskapazität fest, sie betreiben Marktforschung um möglichst genau den Absatzmarkt zu bestimmen, sie richten die einzelnen Produktionsteile des Konzerns aufeinander aus. Selbst über Länder- und Kontinentgrenzen hinweg funktioniert das - zumindest aus der Sicht der Eigentümer. Würde die Autoindustrie für die Folgekosten ihrer Produkte aufkommen müssen, also Umwelt-, Gebäude- und Personenschäden, so wären schon alle Autofabriken geschlossen bzw. auf die Produktion von Bahnen u.ä. umgestiegen.

Doch werden selbst bei der besten Planung im Kapitalismus Probleme auftauchen. Denn der Kapitalismus ist unberechenbar. Die immer wiederkehrenden Auf- und Abschwünge der Weltwirtschaft sind weder zeitlich vorhersehbar, noch in ihrer Länge und Tiefe. Und auch die Konkurrenz ist ein nicht zu kalkulierender Faktor.

Hingegen ist es ein leichtes, mit den zur Verfügung stehenden technischen und statistischen Möglichkeiten den Bedarf und die Wünsche der Bevölkerung festzustellen. Selbst ein Interessen- und Bedarfswandel wäre schnell feststellbar, so daß die Produktion dahingehend umgestellt werden könnte. Dazu ist allerdings eine flexible Struktur und Leitung der Wirtschaft und Produktion notwendig. Dies kann nur über eine demokratische Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten selbst gewährleistet werden. Voraussetzung für eine solche demokratische Planung ist die Überführung der größten Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum.

Doch eine Arbeiterdemokratie und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft kann nicht auf ein Land begrenzt werden, dazu sind die Wirtschaften der Länder zu sehr verzahnt und voneinander abhängig. Deshalb muß eine demokratische Planwirtschaft immer international ausgerichtet sein. Die Abschaffung des Kapitalismus kann in einem Land beginnen, aber sie darf dort nicht stehenbleiben.

Die permanente „europäische“ Krise (eigentlich ist es eine weltweite Krise) in der Landwirtschaft und der Stahlindustrie verdeutlicht zwei Tatsachen:

Erstens ist die kapitalistische Produktion nicht im Stande, die Ressourcen sinnvoll zu verwenden: einerseits gibt es Lebensmittelvernichtung, andererseits hungern Menschen vor allem in der „3. Welt“, aber auch in entwickelten kapitalistischen Ländern. Auch für Stahl wäre Bedarf, z.B. bei Öffentlichen Verkehrsmitteln (Schienen und Fahrzeuge), im Baubereich für Wohnungen usw. und vor allem in den unterentwickelten Ländern.

Zweitens versuchen die europäischen Regierungen, diese kapitalistische Krise mit einer Art planwirtschaftlichem Instrument in den Griff zu bekommen, indem sie feste Produktionsquoten für die einzelnen Länder verteilen. Das ist letztlich ein Eingeständnis der Unfähigkeit der Marktwirtschaft und des Vorteils von Planung. Diese kann natürlich nicht langfristig funktionieren, wie wir derzeit sehen, denn

die Wirtschaftsbereiche sind nach wie vor im Privateigentum. Angesichts der Wirtschaftskrise versuchen die Konzerne, die Produktionsquoten zu unterlaufen und auszuhebeln.

Nur durch die Überführung der europäischen Stahl- und Agrarindustrie in Gemeineigentum unter der demokratischen Kontrolle und -verwaltung der Beschäftigten könnten ein europäischer, demokratischer Plan funktionieren und die Arbeitsplätze gerettet werden. Auch die Steuermilliarden an Subventionen in diesen Wirtschaftsbereichen dienen dann nicht mehr der Profitsicherung der Unternehmer, sondern würden z. B. für technische Entwicklungen und umweltverträgliche Produktion eingesetzt.

Ebenso verdeutlicht das Beispiel Bundespost, daß es nicht die kapitalistischen Unternehmen sind, die die Wirtschaft am Besten entwickeln können. Die Bundespost ist zwar kein sozialistisches Unternehmen, aber doch weitgehend dem kapitalistischen Konkurrenzkampf entzogen. Die Bundespost wird in den nächsten Jahren 55

Milliarden DM in Ostdeutschland investieren. Daimler Benz, Opel und andere ziehen ihre Investitionen hingegen zurück, obwohl sie Milliarden auf der hohen Kante haben und massive staatliche Subventionen bekommen. Aber die Profitaussichten sind eben nicht gut genug.

Den Befürwortern einer demokratischen Planwirtschaft wird das Argument entgegengehalten „Guckt euch doch an wie es drüben war, das hat nicht funktioniert. Da fehlte die Konkurrenz, deshalb waren die Leute unmotiviert und die Produktivität zu niedrig.“ Im Kapitalismus ist es die Angst vor Entlassungen, die Existenzsicherung, die die Menschen antreibt ihre Arbeit zu tun. Schlechte Arbeitsbedingungen, Streß, zunehmende Arbeitshetze und Gesundheitsschäden lassen die Freude an der Arbeit vergehen. Ob jemand motiviert ist oder nicht, liegt an der Art der Tätigkeit, ob sie sinnvoll und interessant ist, an der Arbeitsplatzgestaltung, am Arbeitsklima, ob sie als gesellschaftlich nützlich angesehen wird und ob man Einfluß auf die Art und Umsetzung der Tätigkeit hat.

Und es ist kein Zufall, daß es viele Millionen ehrenamtlicher Funktionäre und Mitarbeiter in Vereinen, in Hilfsorganisationen und ähnliches gibt, für die Geld mit Sicherheit nicht die Motivation sein kann.

Im Stalinismus fehlte eine der wichtigsten Voraussetzung für das Funktionieren der Planwirtschaft: die Demokratie. Ohne Demokratie stirbt jede Eigeninitiative. Und wo demokratische

Kontrolle fehlt, gibt es immer eine abgehobene herrschende Minderheit. Eine solche Bürokratie hatte in allen Ostblockstaaten die Kontrolle über die politische und wirtschaftliche Entwicklung gehabt. Sie hat die Masse der Bevölkerung von der Kontrolle, Leitung und Planung ausgeschlossen. Bis zu einem gewissen Punkt konnte die Wirtschaft wachsen. Aber je komplizierter, größer und technisch entwickelter eine Wirtschaft wird, desto mehr wird das Fehlen von Demokratie zur Fessel der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Folgen sind wirtschaftlicher Niedergang. Das sind die Ursachen für das Scheitern der stalinistischen Staaten, die fälschlicherweise als sozialistisch bezeichnet wurden.

## Arbeiterdemokratie statt Herrschaft des Kapitals

Den wirklichen Sozialismus kann man mit den Worten von Rosa Luxemburg gut beschreiben: „Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt.“

Es gibt einen kleinen Personenkreis, der unsere Geschicke bestimmt: die Spitzen von Justiz, Polizei, Militär und Verwaltung und vor allem die mächtigen Großkapitalisten und Spitzenmanager. Dazu kommen die Parlamentsabgeordneten die Regierungspolitiker. Nur die politischen Vertreter werden vom Volk gewählt, sind aber nicht den Wählern, sondern „ihrem Gewissen“ verpflichtet. Dem „Gewissen“ wird durch direkte und indirekte Korruption nachgeholfen.

Der Schwindel der heutigen bürgerliche Demokratie muß durch eine demokratische Herrschaft der arbeitenden Bevölkerung in allen Bereichen von Staat und Wirtschaft ersetzt werden.

Wir hören dann die Einwände: werden die gewählten Vertreter auch nicht abheben und korrupt sein? Wenn man sich die heutige Korruption der Politiker ansieht, sind die Bedenken verständlich. Korruption im Kapitalismus ist aber keine Ausnahme sondern die Regel. Ungleichheit, Privilegien und private Bereicherung sind ständiger Bestandteil des Systems.

Entscheidend ist, daß kein kein Funktionär mehr verdienen darf als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn, jederzeit wähl- und abwählbar und seiner Wählerschaft unmittelbar rechenschaftspflichtig sein muß. Die Arbeiterdemokratie würde garantieren, daß die größtmögliche Anzahl von Menschen in die Planung, Leitung und Kontrolle einbezogen wäre, ein häufigerer Wechsel von Leitungsfunktionen wäre so möglich. Wir würden selbst über unsere Vertreter und ihr Einkommen entscheiden und nicht ein paar Kapitalisten, die sich Politiker kaufen können.

Mit der Abschaffung des Kapitalismus und dem Aufbau einer Wirtschaft, die an den Bedürfnissen und nicht am Profit orientiert ist, könnten alle Ressourcen genutzt werden, um weltweit Armut und Umweltzerstörung zu beseitigen. Die Arbeitszeit könnte drastisch verringert und somit die Arbeits-

losigkeit beseitigt werden. Die Menschen hätten mehr Zeit und Energie, um sich weiterzubilden.

Dadurch könnte die Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit, also der einseitigen rein körperlichen oder rein geistigen Tätigkeit, aufgehoben werden. Die Technik würde im Sinne von Mensch und Natur eingesetzt und nicht im Sinne der Profite einzelner Unternehmen. Arbeitsplätze könnten angenehm und gesundheitsverträglich gestaltet werden. Die Schwerarbeit würde im Zuge der Entwicklung ganz verschwinden (was schon jetzt weitgehendsten möglich wäre). Die Produktivität würde steigen, denn auch kleinere Betriebe könnten die heute für sie kaum bezahlbaren technischen Neuheiten einsetzen. Die Verschwendung von Rohstoffen, von Energie, für Werbung und Rüstung aus Profitgründen würde der Vergangenheit angehören.

Der öffentliche Nahverkehr und die Bahn würden so ausgebaut und so billig, daß sie eine wirkliche Alternative zum Autoverkehr darstellen. Es würde genügend Geld und Arbeitskraft vorhanden sein, um der Bevölkerung der heutigen „3. Welt“ bei einer selbstbestimmten Entwicklung zu helfen.

## Sozialismus oder Barbarei

Sozialismus ist keine schöne Utopie, sondern eine Überlebensfrage. Rosa Luxemburg prägte den Spruch: „Sozialismus oder Barbarei.“ Somalia, Indien, Tadschikistan, Südafrika, Los Angeles verdeutlichen dies.

Es sind nur vordergründig religiöse oder nationalistische Bürgerkriege. Ursache ist überall der soziale Verfall und die Ausweglosigkeit der Menschen. In Bombay z.B. (Zentrum der Ausschreitungen in Indien) wohnen Bankangestellte, Lehrer und Kleinunternehmer in Slums. Das sind die sozialen Bedingungen auf denen das rassistische und religiöse Gift, das die Herrschenden in injizieren, zu wirken beginnt.

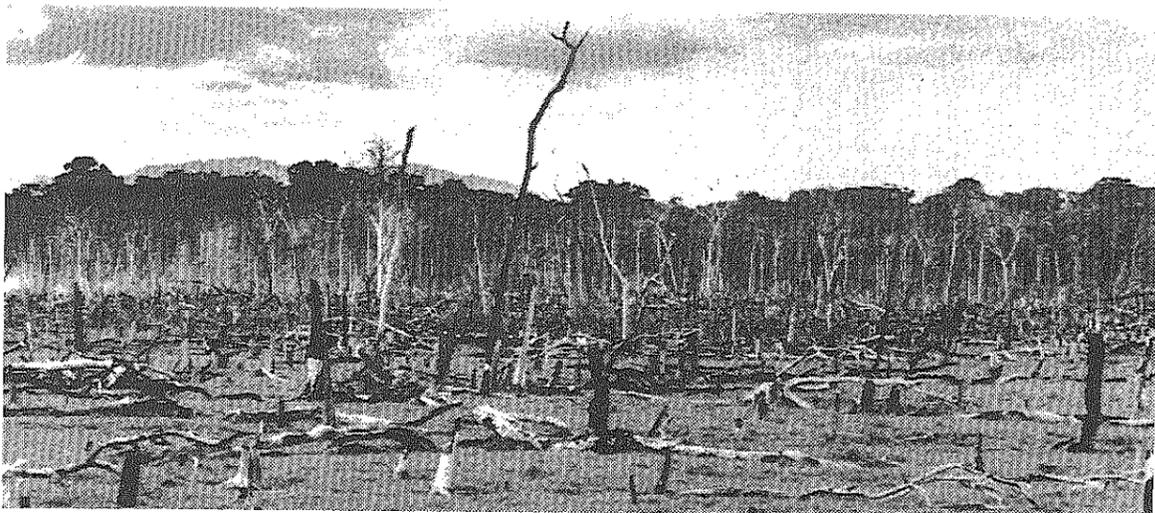
Auch in Europa und der BRD sehen wir den Beginn von sozialem Verfall. Der soziale Kahlschlag der Kohlregierung und der massive Arbeitsplatzabbau werden diesen Prozeß beschleunigen. Aufkommender Rassismus und Nationalismus sind unübersehbare Auswirkungen und Versuche der Herrschenden, die Arbeiterklasse zu spalten, zu verwirren, abzulenken und somit den Kampf gegen die eigentlichen Ursachen, gegen das System und ihre Repräsentanten abzuwenden.

Die großen Arbeiterorganisationen SPD und Gewerkschaften sind einst von der Arbeiterklasse aufgebaut worden, um ihre Rechte zu erkämpfen und Ausbeutung und Unterdrückung zu beseitigen. Das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft stand von Anfang an auf ihren Fahnen.

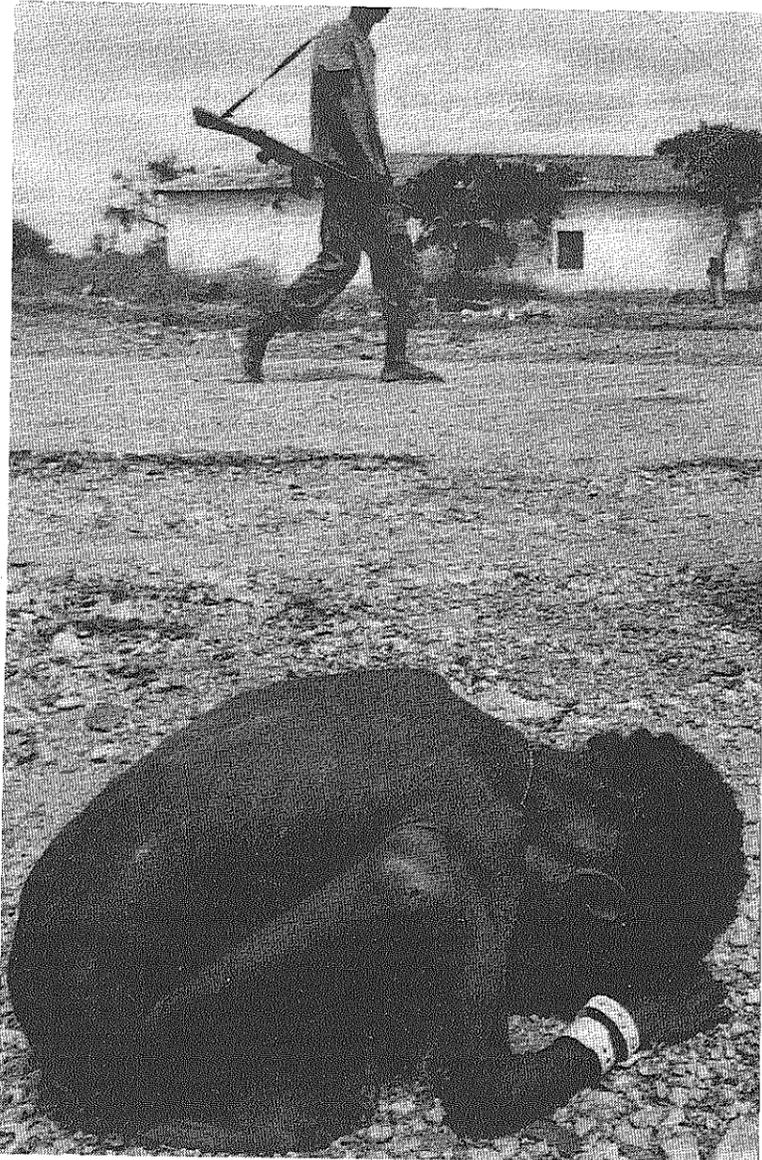
Davon ist nicht mehr viel übrig geblieben, während der Kapitalismus nach wie vor ausbeutet, unterdrückt, unsere Rechte und Lebensgrundlage untergräbt. Dies klar zu machen und den Kampf für eine neue Gesellschaft zu führen, wäre die Aufgabe der Führungen der Arbeiterorganisationen.

Voran kämpft für eine sozialistische Politik der Führungen in den Arbeiterorganisationen. Gemeinsam mit den Unterstützern unserer Strömung auf der ganzen Welt wollen wir eine starke sozialistische Kraft aufbauen und so grundlegend die Welt verändern.

Frank Klobes, Kassel  
Jungsozialist



Abgebrannter Regenwald



Bürgerkrieg und Hunger in Somalia

# Gibt es einen Ausweg für Kuba?

Die Heuchelei des Westens – besonders der USA – wird am Beispiel Kubas überdeutlich. Während die USA das übrige Lateinamerika zu ihrem Hinterhof gemacht haben und rücksichtslos ausbeuten, sind sie sehr besorgt um die „Freiheit und Demokratie“ auf Kuba.

Andreas Kuhnert, SPD-Vertreter im Brandenburger Landtag, sagte dazu ganz richtig: „In Brasilien leben acht Millionen Kinder auf der Straße und auf den Müllhalden. Ich kann dieses System Kuba nicht empfehlen und auch nicht wünschen. Kuba ist das einzige Land in Lateinamerika, wo es diese furchtbaren Zustände nicht gibt.“ Das wird sofort anders sein, wenn die US-Regierung am Ziel ihrer Politik ist.

Durch den Zusammenbruch des Stalinismus in der ehemaligen Sowjetunion hat Kuba einen wichtigen politischen Verbündeten und Handelspartner verloren. Die US-Imperialisten reagierten darauf, indem sie die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba, die seit über 30 Jahren besteht, verschärften.

Auch die Bundesregierung beteiligt sich am Wirtschaftskrieg. So kündigte die BRD zu Beginn des Jahres 1991 alle bestehenden Verträge, die Kuba mit der ehemaligen DDR abgeschlossen hatte. Dabei fiel auch jenes Abkommen der menschenverachtenden Politik der Kohlregierung zum Opfer, das bis 1995 eine jährliche Lieferung von 22.000 Tonnen Milchpulver garantierte.

Die deutsche und internationale Arbeiterbewegung muß gegen die imperialistische Embargopolitik kämpfen und die sozialen Errungenschaften Kubas verteidigen!

## Bürokratische Planwirtschaft

Die Verteidigung Kubas darf jedoch nicht zu einem kritiklosen Verhalten gegenüber dem politischen System in diesem Land führen. Die Abschaffung des Kapitalismus und die Errichtung einer Planwirtschaft waren die Grundlage für den gewaltigen sozialen Fortschritt, der in Kuba erreicht wurde. Aber auch die wirtschaftliche Hilfe der Sowjetunion und der anderen Länder Osteuropas spielte dabei eine wichtige Rolle.

Kuba gehört heute zu den 25 Ländern der Welt mit der niedrigsten Kindersterblichkeit. Das Gesundheitswe-

sen ist in ganz Lateinamerika einzigartig. Die Lebenserwartung stieg in den dreißig Jahren seit der Revolution von 54 auf 74 Jahre. Vor der Revolution waren 28 Prozent der Bevölkerung Analphabeten. Heute sind es nur noch eins bis drei Prozent.

Trotz dieser unbestreitbaren Erfolge ist es falsch, Kuba als „sozialistisches Land“ zu bezeichnen. Wenn einige Linke meinen, in Kuba sei die politische Si-

und Transportministerium auf die Preise geeinigt haben.

Diesem bürokratischen Unsinn zum Trotz hat die kubanische Planwirtschaft ihre Überlegenheit gegenüber den kapitalistischen Ländern Lateinamerikas unwiderlegbar bewiesen.

## Wirtschaftskrise

Es liegt nicht nur an Isolation und westlicher Embargopolitik, sondern auch an Castro und Co., wenn Kuba immer mehr in die Krise gerät. Denn die bürokratische Fehlplanung und Verschwendung, für die die herrschende Elite verantwortlich ist, ist in so schweren Zeiten noch unerträglicher als vorher.

Kuba konnte 1992 nur noch Waren im Wert von 2,2 Milliarden Dollar einführen (1989 waren es noch 8,1 Milliarden Dollar). Die Zuckerernte hatte voriges Jahr sieben Millionen Tonnen erbracht. Das wird dieses Jahr kaum noch zu erreichen sein, da es an Treibstoff, Dünger, Schädlingsbekämpfungsmitteln und Ersatzteilen fehlt. Den Treibstoffmangel versuchte die Regierung dadurch einzuschränken, daß sie ab Dezember 1992 privaten Autobesitzern

die karge Monatszuteilung von 30 Litern Benzin strich.

## Castro leitet Ausverkauf ein

Der Tourismus ist zusammen mit dem Zuckerexport die wichtigste Einnahmequelle Kubas. Doch gerade er wird die Wut der einfachen KubanerInnen steigern, je mehr die Krise sich verschärft. Auch Carlos Lage, Castros rechte Hand und Krisenmanager der Wirtschaft, mußte in seinem Jahresbericht von 1992 zugeben, daß der Tourismus die Errungenschaften der Revolution gefährdet. KubanerInnen drohen zu Fremden im eigenen Land zu wer-

den. Schon heute hat sich eine „Tourismus-Apartheid“ herausentwickelt. Die kubanische Bevölkerung muß mit ansehen, wie die besten Teile des Landes abgezäunt werden und nur noch für die Touristen zugänglich sind.

Nicht nur der Staat verdient an diesem Geschäft, sondern auch das Auslandskapital. Die kubanische Führung glaubt, in Form von Joint-Ventures (Unternehmen, die zum einen Teil dem Staat und zum anderen ausländischen Kapitalisten gehören) die Zauberformel für den Ausweg aus der Krise gefunden zu haben. Castro sagte 1991: „Es ist dem sozialistischen System sehr gut möglich, mit dem kapitalistischen System zusammenzuarbeiten.“ Er bietet den Kapitalisten gute Bedingungen: es sind keine Steuern zu zahlen, es gibt keine Begrenzung des Profittransfers ins Ausland und schließlich eine Garantie, daß sich diese Investitionen innerhalb von drei Jahren rechnen.

Auch ein demokratisch-sozialistisches Kuba würde gezwungen sein, am Welthandel teilzunehmen und wirtschaftlich mit kapitalistischen Staaten zusammenzuarbeiten. Solche Maßnahmen würden jedoch begrenzt bleiben und mit einer Strategie zur raschen Ausbreitung der Revolution auf andere Länder Lateinamerikas verbunden sein.

Zwar machen die US-amerikanischen Investitionen in Kuba 1992 nur ca. 2 Prozent des Bruttosozialprodukts aus. Die Gefahr ist jedoch, daß die Teile der Wirtschaft, die eng mit ausländischen Kapital verflochten sind, immer mehr dominieren.

Viele Linke hoffen immer noch – trotz der Lehren der Ereignisse in Osteuropa –, daß die herrschende Bürokratie auf Kuba mit marktwirtschaftlichen Reformen den „Sozialismus erneuert“. Aber die Öffnung für westliches Kapital ist der erste Schritt zum Ausverkauf Kubas durch die Bürokratie selbst, die keinen Ausweg aus der Krise anzubieten hat.

Teile der herrschenden Bürokratie werden versuchen, durch diesen Ausverkauf ihre Privilegien zu sichern, ohne Rücksicht auf das Schicksal der kubanischen Arbeiter und Bauern. Andere Teile der Bürokratie werden unter dem Druck der entstehenden sozialen Probleme und dem Eindruck der Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft eher versuchen, die verstaatlichte Wirtschaft zu erhalten, um so die eigene Stellung zu retten.

Sich auf die stalinistische Führung zu verlassen, heißt in jedem Fall, Kuba dem sicheren Ruin auszusetzen. Der

einzigste Rettungsanker für Kuba ist eine unabhängige Bewegung der Arbeiter und Bauern für den Sturz der Bürokratie und die Errichtung einer Arbeiterdemokratie.

## Gegen Castro – Für die kubanische Revolution!

Jede Bewegung gegen das Regime läuft bei Abwesenheit einer starken marxistischen Kraft Gefahr, in eine Bewegung hin zur Wiedereinführung des Kapitalismus abgelenkt zu werden, wie das Beispiel Osteuropas 1989/90 zeigt. Durch das Elend in Lateinamerika und die Erfahrungen der älteren Generation mit dem US-Imperialismus werden sich jedoch keine großen Hoffnungen auf die Marktwirtschaft entwickeln.

Seit der Revolution von 1959 hat die kubanische Bevölkerung den Befreiungskampf von Arbeitern und Bauern in Asien, Afrika und Lateinamerika unterstützt. Das Regime sah jedoch den Sieg dieser Kämpfe nie als entscheidend für den Bestand der Planwirtschaft auf Kuba an. Die Sicherung der sozialen Errungenschaften kann aber nur erreicht werden, wenn eine politische Revolution auf Kuba den Anstoß für den Sturz des Kapitalismus in anderen Ländern Lateinamerikas gibt. Das erscheint schwierig. Eine Arbeiterdemokratie auf Kuba hätte jedoch eine starke Anziehungskraft für die unter dem Kapitalismus leidende Bevölkerung Lateinamerikas und würde sich auch mit allen Kräften für die Ausdehnung der Revolution einsetzen können.

## Die kubanische Revolution von 1959

Vor der Revolution herrschte auf Kuba das Regime des Diktators Batista. Gegen diese brutale Diktatur hatten die selbsternannten Freiheitskämpfer in Washington keine Blockade verhängt. Im Gegenteil, Batista war eine Marionette der USA und die Wirtschaft des Landes war fast völlig in den Händen von US-Monopolen.

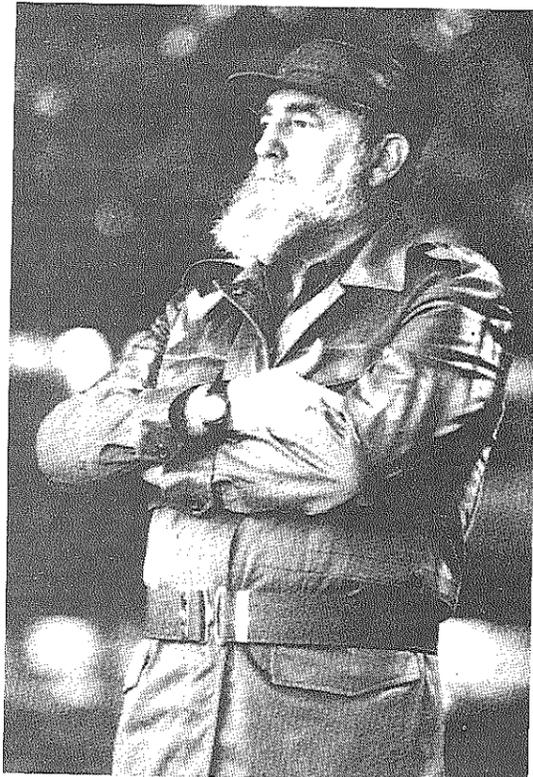
Castro und seine Anhänger führten einen dreijährigen Guerillakrieg gegen Batista. Castro bezeichnete sich in dieser Zeit noch nicht als „Marxist“. Sein Ziel war die Errichtung einer bürgerlichen Demokratie. Auch nach dem Sieg der Revolution hatte er „nicht die Absicht zur Nationalisierung der Industrie überzugehen“, wie er gegenüber der Zeitung *U.S. News and World Report* sagte.

Es waren einerseits die Unfähigkeit des Kapitalismus, einen Ausweg aus der sozialen Misere zu bieten und andererseits der enorme Druck der kubanischen Bauern und Arbeiter, die Fidel Castro veranlaßten, seine Absichten zu ändern. So wurden Ende 1960 der Großgrundbesitz und der Kapitalismus in Kuba beseitigt. Damit wurde auch die Vormundschaft der USA gebrochen. Die US-Imperialisten konnten sich mit dieser Situation nicht abfinden.

Nachdem wirtschaftliche Erpressungsversuche nicht die erwünschten Ergebnisse brachten, gingen die USA zur direkten militärischen Aggression über. Im April 1961 bombardierten US-amerikanische Flugzeuge Havanna und andere Orte. Mit Unterstützung der amerikanischen Flotte und Luftwaffe landeten konterrevolutionäre Kräfte in der Schweinebucht. Doch innerhalb von 72 Stunden wurden diese Kräfte von der revolutionären Armee und der Volksmiliz Kubas vernichtend geschlagen.

Durch das Eingreifen der Sowjetunion und der weltweiten Solidarität konnte die direkte Aggressionspolitik Washingtons gestoppt werden. Der Sieg der kubanischen Revolution war eine große Niederlage für den US-Imperialismus. Der Befreiungskampf der Völker der sogenannten „Dritten Welt“ wurde erheblich gestärkt.

Mattias Narbei, Langenstein  
Jungsozialist



Fidel Castro: „Sozialismus oder Tod“ als Durchhalteparole und gleichzeitig Hoffen auf Joint Ventures mit US-Konzernen.

tuation grundlegend anders als früher in den stalinistischen Staaten Osteuropas, so irren sie sich. Auch in Kuba existiert keine Arbeiterdemokratie, der Staatsapparat wird nicht von der kubanischen Bevölkerung, sondern von einer bürokratischen Elite kontrolliert. Die Wirtschaft wird nicht von demokratisch gewählten und abwählbaren Vertretern der Produzenten und Verbraucher geplant, sondern von einer abgehobenen und auch privilegierten Funktionärschicht.

So verderben zum Beispiel große Teile der Ernten in Lagerhäusern, weil die Waren nicht angeboten werden dürfen, bevor sich nicht das Landwirtschaftsministerium, Binnenhandels-

## US-Angriffe auf den Irak

# Imperialistisches Muskelspiel

Die Militärschläge der USA und ihrer Alliierten waren ein erneuter Versuch, ihren Machtanspruch in der Region durchzusetzen.

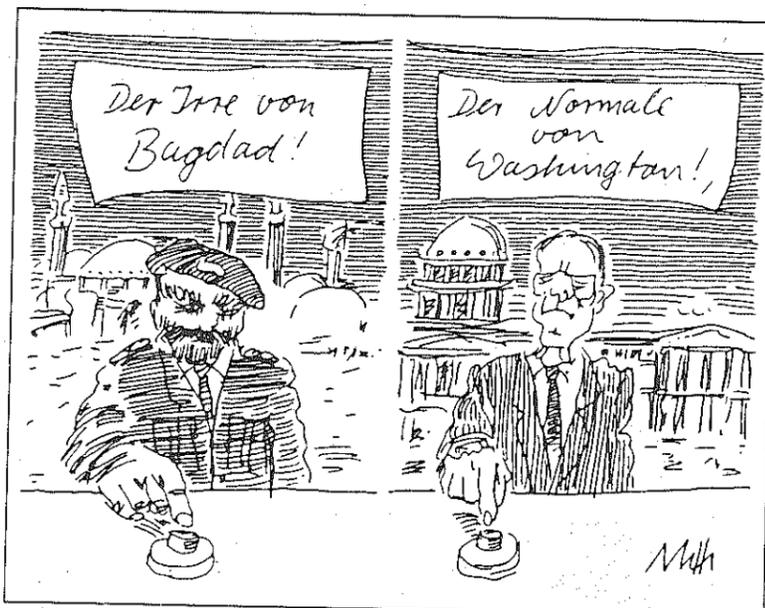
Der Irak hatte die von den Alliierten eingerichtete Flugverbotszone verletzt und in zwei Fällen militärisches Gerät aus Kuwait zurückgeholt. Diese „Verbrechen“ als Vorwand für umfangreiche Militärschläge zu benutzen ist derart unverschämte, daß die USA nicht einmal den Versuch gemacht haben, dieses Mal die Vereinten Nationen zur Absegnung zu bemühen.

Angeblich dient die Durchsetzung der Flugverbotszone dem Schutz der von Saddam Hussein verfolgten irakischen Kurden und Schiiten. Noch nie haben die US-Imperialisten jedoch mehr als Krokodilstränen für verfolgte Minderheiten vergossen. Die Ausweisung von 418 Palästinensern aus Israel hat noch nicht dazu geführt, daß

Marschflugkörper auf Tel Aviv abgeschossen worden sind.

Vor dem Beginn des Konflikts zwischen USA und Irak im Jahre 1990 durfte Saddam Hussein ungestraft mit Giftgas gegen Kurden im Nordirak vorgehen und Kritiker seines Regimes umbringen – schließlich hat damit nicht die Interessen der USA verletzt.

Der Golfkrieg von 1991 diente ausschließlich dazu, die Kontrolle der USA über die Region und ihre Ölreserven zu festigen. Die Alliierten hofften, daß Saddam Hussein aus dem eigenen Regime heraus gestürzt und durch einen Diktator ersetzt wird, der etwas kooperativer ist. Dagegen wurden die Aufstände der Kurden im Norden und der Schiiten im Süden Iraks nicht unterstützt, da sie die Stabilisierung des Nahen Ostens unter Vorherrschaft der USA gefährdet hätten: Ein kurdischer Staat im Norden hätte die kurdischen Unabhängigkeitsbewegungen in Syrien, Iran und der Türkei gestärkt, ein schiitischer Staat



im Süden wäre unter den Einfluß des Iran gekommen und hätte schiitische Bewegungen in Saudi-Arabien und den Golf-Staaten ermutigt.

Saddam Hussein wollte mit seiner Herausforderung der USA die Bevölkerung von Problemen wie Hunger und Inflation ablenken und zeigen, daß er sich nicht alles gefallen läßt. Er baut auch darauf, daß die arabischen Massen die Heuchelei der USA durchschauen. Dieser Druck von unten

brachte die arabischen Teilnehmer der Golf-Koalition wie Saudi-Arabien dazu, sich gegen die Aktionen der USA zu stellen.

Verlierer bleiben deshalb die USA. Bush hat mit seiner Abschiedsvorstellung zwar erreicht, daß Clinton auf einen harten Kurs festgelegt wurde, aber mittelfristig wird die Kontrolle über den Nahen Osten erschwert.

Ulf Petersen, Köln,  
Jungsozialist

Somalia

# Invasion als Hungerhilfe getarnt

# Räuber als Wohltäter?

Eine US-Interventionsarmee landet in einem fremden Land, in Somalia, und die Soldaten haben nur mit den Blitzlichtern der Pressephotographen und Fernsehkameras zu kämpfen! Das Ganze hätte – wenn es nicht todernst wäre – auch in Hollywood statt im Pentagon (Sitz des US-Verteidigungsministers) inszeniert worden sein können. Mittlerweile ist die Invasionsarmee der „Operation neue Hoffnung“ auf über 30.000 Mann angewachsen.

Im Vorfeld der Invasion konnte man glauben, das sich die einzige Bürgerkriegs- und Hungerkatastrophe auf der Welt in Somalia abspielt. Jedenfalls wenn es nach den Medien geht. Eindringliche Bilder von hungrigen Kindern und bewaffneten Banden haben ihr Ziel nicht verfehlt. Nicht wenige unter den Linken, die sonst dem US-Imperialismus nichts Gutes zutrauten, begrüßten (auch wenn etwas skeptisch) den Einmarsch.

Doch der Jahresbericht 1993 des Weltkinderhilfswerkes UNICEF stellt fest, daß weltweit jede Woche mindestens 200.000 Kinder an den Folgen von Unterernährung und Krankheit sterben. Die Friedensforscher registrierten 52 Kriege und Bürgerkriege auf der Welt 1992, ein Negativrekord seit 1945. Es gibt also etliche Länder mit Hungersnöten (Sudan, Mozambik ...) und Bürgerkriegen (Angola, oder das zerfallene Liberia), besonders auf dem afrikanischen Kontinent. Warum stürzen sich UNO-Sicherheitsrat, USA, Frankreich und Kohl ausgerechnet auf Somalia?

## Brandstifter spielen Feuerwehr

Ähnlich wie im Golfkrieg haben die Massenmedien alles getan, um den Eindruck zu erwecken, in Somalia sei erst neuerdings das Chaos ausgebrochen, dafür aber komplett. Alles wird übertrieben, um Stimmung in der Bevölkerung für die Intervention zu machen, und vor allem um die Intervention als humanitäre Hilfe hinstellen zu können.

Es wird kaum erwähnt, daß die schlimmste Zeit des offenen Bürgerkrieges zwischen 1988 und 1991 lag. Dank der westlichen Militärhilfe konnte der Diktator Siad Barre (bis er im Januar 1991 verjagt wurde) das ganze Land ins Chaos stürzen.

Er setzte die Einteilung des Landes in zusammengewürfelte Clans durch, um die Oppositionellen gegeneinander ausspielen zu können und mal mit diesen, mal mit jenen Clans gegen den Rest anzutreten. Keiner derjenigen, die nun „Hungerhilfe“ in Form von Soldaten schicken, hat protestiert, als Siad Barres Armee eigene Städte bombardieren ließ. In Hargeisa, der größten Stadt



Wer mag bei solchen Pressefotos schon Böses denken?

im Norden, starben 1988 ca. 50.000 Menschen.

Der Diktator, der ein zerrissenes, mit Tretninen zugepflastertes und hungerndes Land hinterlassen hat, ist besonders auch durch deutsche Hilfe unterstützt worden. Seit der Entführung eines deutschen Flugzeuges nach Mogadischu 1977 und der Kooperation der somalischen Behörden bei der Erstürmung der Maschine durch die GSG 9 wurde der somalischen Diktatur enorme militärische und polizeiliche Ausstattungshilfe zuteil. Die Ausbildung und Ausstattung der Polizei lag in den Händen der BRD. Schon damals gab es eine gute Zusammenarbeit mit der ehemaligen DDR, die die Ausbildung und Bewaffnung des Geheimdienstes in Somalia unter Kontrolle hatte.

„In Somalia spielen die Brandstifter jetzt Feuerwehr“, meint Rupert Neudeck, der mit seiner Hilfsorganisation „Cap Anamur“ eine Minenräumaktion in der Region durchführt – Minen aus deutscher Produktion, zum Beispiel von Dynamit Nobel aus Troisdorf.

Es wird verschwiegen, daß in drei Vierteln des Landes schon relative Ruhe herrschte, auch vor dem Abgang des Diktators, der sich zuletzt in einem Stadtviertel von Mogadischu eingekerkert hatte. Nur im restlichen Viertel, das Gebiet in dem sich jetzt die Invasionsarmee tummelt, gab es nach dem Sturz von Siad Barre offene Kämpfe um die Macht, vor allem zwischen den Anhängern von Aidid und Ali Mahdi. Aber auch dort standen offene kriegerische Auseinandersetzungen längst nicht mehr auf der Tagesordnung. Ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen den verschiedenen Clans war längst hergestellt. Erst nach dem US-Einmarsch sind wieder offene Kämpfe zwischen den Clans im Süden ausgebrochen.

Vor der Invasion sind in den Großstädten der USA mehr Menschen durch Bandenterror umgekommen als in Somalia! Die verschiedenen Hilfswerke, die in Somalia tätig sind, schätzen die Verluste der Hilfslieferungen durch Diebstahl seitens der Banden auf gerade einmal 2-10 Prozent. Zu Zeiten des

vom Westen gehätschelten Siad Barre verschwanden die gespendeten Lebensmittel und Produkte meist komplett oder tauchten wieder auf den internationalen Märkten auf. Die Hilfswerke beschwerten sich heute viel mehr darüber, daß es nicht genügend Hilfe gibt. Anfang 1992 haben die USA 146.000 Tonnen Nahrungsmittelhilfe versprochen. Bis Oktober wurden nur 300 Tonnen ausgeliefert. Die UN-Hilfe war so mager und dilettantisch, daß der Chef der Hilfsaktion aus Protest zurückgetreten ist.

Vor diesem Hintergrund ist es eine abgrundtiefe Heuchelei, wenn die Herrschenden hier so tun, als ob es beim geplanten Bundeswehr-Einsatz um humanitäre Hilfe ginge. Für sie kommt das von ihnen mitverursachte Elend in Somalia gerade gelegen, um es – mediengerecht aufbereitet – zum Anlaß für Ausdehnung von Bundeswehrein-sätzen zu mißbrauchen.

## Die wirklichen Hintergründe

Wenn es nicht um humanitäre Hilfe geht, was wollen die Yankees dann in Somalia? Die früheren US-Interventionen wurden meist mit der Eindämmung des „Kommunismus“ begründet, so daß viele Menschen gehofft hatten, die USA nach dem Zusammenbruch des „Kommunismus“ weniger aggressiv zu sehen.

Das Gegenteil wird jedoch der Fall sein. Der US-Imperialismus strebt nach wie vor (oder besser gesagt: besonders jetzt) nach totaler Weltherrschaft und wird heute noch aggressiver vorgehen, da die Konkurrenz mit den ehemaligen Verbündeten gegen den „Kommunismus“ z.B. Frankreich, Japan und das nun groß gewordene Deutschland, schärfer wird.

In den letzten 15-20 Jahren haben die USA die Kontrolle Afrikas und besonders die Interventionen meist den Franzosen, Briten und Belgiern überlassen.

Sie waren schließlich die Verbündeten gegen die „kommunistische“ Gefahr. Nach der äthiopischen Revolution und dem Sturz des Kaisers hatten sie ihre wichtigste Radarstation auf dem afrikanischen Kontinent verloren. Jetzt geht es um Aufteilung der Einflußsphären unter den konkurrierenden imperialistischen Mächten.

Der Golfkrieg und die erneuten Schläge gegen den Irak sollen ihn davon abhalten, den Nahen Osten zu dominieren. Eine ähnliche Bedrohung geht vom Iran aus, und die von ihm unterstützten Kräfte des islamischen Fundamentalismus werden stärker. So ist Somalias Nachbarstaat Sudan von der Nationalen Islamischen Front (NIF) regiert, die jährlich 200 Millionen Dollar Waffenhilfe vom Iran bekommt. Das Eingreifen der USA soll Stärke beweisen und als Warnung auch für die übrigen afrikanischen Staaten und verschiedenen Bürgerkriegsparteien auf dem Kontinent dienen, frei nach dem Motto: Wenn Du den USA nicht freiwillig gehorchst, dann kommen die G.I.'s.

Die Intervention ist auch eine Klarstellung gegenüber den Mitkonkurrenten, wer die Nr.1 auf der Welt ist. Vor allem Frankreich mit seiner größten Auslandsbasis in Djibuti muß sich nach Jahrzehnten Vorherrschaft nun damit abfinden, in Afrika nur noch die zweite Geige zu spielen. Bush versprach, die Interventionstruppen so schnell wie möglich zurückzuholen.

Es ist kaum zu glauben, daß die USA ihren jetzt gewonnenen Einfluß in Somalia freiwillig aufgeben werden. Eine gewisse militärische Präsenz wird auf lange Zeit vorhanden sein, und der größte Teil der Truppen wird auch Somalia nur verlassen, wenn zumindest im Süden ein neuer, für die USA zuverlässiger Diktator sicher im Sattel sitzt. Diese Art von „Stabilisierung“ wird die Misere der somalischen Bevölkerung nicht beenden, sondern nur dazu dienen, die weitere Ausblutung des afrikanischen Kontinents durch US-amerikanische und andere Banken und Konzerne möglichst reibungslos zu gestalten.

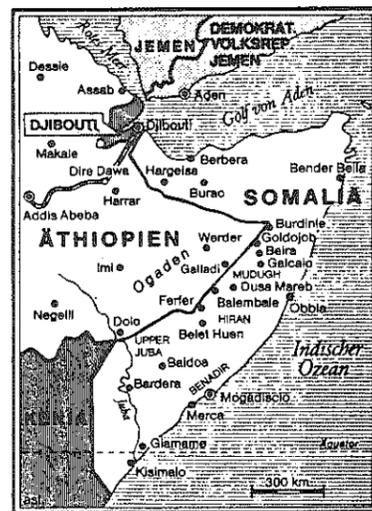
Gaëtan Kayitare, Aachen SPD-Mitglied

Hunger und Elend haben ihre Ursachen. Die 80er Jahre gelten insbesondere für afrikanische Staaten als ein verlorenes Jahrzehnt. Über den Verfall von Rohstoffpreisen und den Schuldendienst wurden sie regelrecht ausgeplündert: Immer mehr Arbeit für immer weniger Erlös.

1981 gab es noch einen Nettokapitalfluß nach Afrika von 135 Milliarden DM. Bereits ab 1988 gab es schon einen Nettoabfluß von Afrika in die entwickelten kapitalistischen Staaten von 95 Milliarden DM. Zwischen 1979 und 1985 ist der Anteil der Menschen, die unter dem Existenzminimum leben, um zwei Drittel gestiegen.

Alle afrikanischen Staaten sind überschuldet und der Internationale Währungsfond und die Weltbank, die die Zinsen eintreiben sollen, zwingen diesen Ländern einfach Kürzungen oder Streichung von staatlichen Subventionen für Lebensmittel und medizinische Versorgung auf.

Im Frühjahr 1991 erging ein dringender Aufruf der Hilfswerke und der Welternährungsorganisation FAO zur Hungerhilfe für das Horn von Afrika an die reichen Länder, allerdings ohne große Resonanz. Die Bundesregierung sah damals zwar ein „dringendes Bundesinteresse“ für die Hungerhilfe, jedoch nach „Abwägung der gesamten Anforderungen“ konnten vom dafür zuständigen Außenministerium „keine Mittel zur Verfügung gestellt werden“. Die „gesamten Anforderungen“, die es damals abzuwägen galt, waren zum Beispiel die Zahlungen an die USA für den Golfkrieg – mal eben 18 Milliarden DM. Eine Summe mit der man spielend nicht nur die Hungersnot in Somalia, sondern in allen afrikanischen Ländern hätte beseitigen können.



## Daten und geschichtlicher Hintergrund

Die kolonialen Mächte haben sich Gebiete aufgeteilt, Grenzen gezogen (besonders in Afrika) ohne Rücksicht auf die dort lebenden Völker. Dies führt bis heute noch des Öfteren zu Grenzstreitigkeiten und Kriegen. Somalia wurde zwischen den Briten im Norden und den Italienern im Süden aufgeteilt, wobei beträchtliche Gebiete, in denen Somali gesprochen wird, Äthiopien und Kenya zugeschlagen wurden.

1960 Unabhängigkeit von Somalia (Zusammenschluß der italienischen und britischen Kolonien)  
1969 Putsch gegen die korrupte und vom Westen unterstützte Zivilregierung. Siad Barre wendete sich an die Sowjetunion, von der er auch zuerst Unterstützung erhielt.

77/78 Krieg gegen Äthiopien und Wende zum Westen.

Während der äthiopischen Revolution 1975/77 und nach dem Sturz des vom Westen unterstütz-

ten Kaisers sah Siad Barre die Chance, den Zerfall der äthiopischen Armee auszunutzen, um die Gebiete, in denen somalisch gesprochen wird, zu erobern.

Die Sowjetunion wechselte die Seiten. Sie half dem äthiopischen Mengistu-Regime, indem sie mit Hilfe kubanischer Truppen Somalia zurückschlug. Bilanz: Eine halbe Million Tote. Die Entführung einer Lufthansa-Maschine nach Mogadischu bot Siad Barre 1977 eine Gelegenheit, die Wende nach Westen zu vollziehen. Nach Zusage von westlicher Hilfe (v. a. der BRD) ließ Siad Barre das Flugzeug durch die GSG 9 stürmen.

1980 Gründung der SNM (Somalische Nationale Bewegung) im Norden Somalias. Die SNM hatte ein Programm, das die soziale Frage in den Vordergrund stellte, anders als der spätere USC (Vereinigter Somalischer Kongreß) im Süden. Ab 1988 kam

es zu Kämpfen zwischen der SNM und Barres Armee. Um die Opposition zu spalten, teilte Siad Barre das Land in Clans auf.

1990 Gründung des USC als Zweckbündnis, größtenteils von ehemaligen Günstlingen Siad Barres, die nun das sinkende Schiff verließen. Ihre bekanntesten Figuren sind Kontrahenten im südwestlichen Teil des Landes, das von den USA besetzt ist.

Ali Mahdi, Unternehmer und selbsternannter Übergangspräsident und General Aidid, der auch schon in der Armee von Siad Barre General war.

1991 Sturz von Siad Barre und Teilung des Landes. Im Frühjahr 1991 erklärte die SNM den Norden für unabhängiges Somaliland. Es wurde aber von keinem Staat anerkannt.

Die SNM und das Somaliland sind entlang der Clans ohne jegliches Blutvergießen zerfallen. Nach einem blutigen Bürgerkrieg im Süden Somalias um die Hauptstadt zerfällt der Süden in mehr als 15 Clans.

## Blut für Öl?

Dokumente, die der Los Angeles Times vorliegen, belegen, daß der Diktator Siad Barre vor seinem Sturz im Januar 1991 Öl- und Erdgasförderkonzessionen über fast zwei Drittel des somalischen Staatsgebiets an die amerikanischen Öriesen Conoco, Amoco, Chevron und Phillips vergab.

Die Firma Conoco ist dabei in der besten Position und hat – kein Zufall – kurz vor der Landung der US-Soldaten ihr Büro dem US-Sonderbeauftragten Robert Oakley als eine De-Facto-US-Botschaft zur Verfügung gestellt. In einer Weltbank-Studie von 1991 stehen Somalia und Sudan in der Liste möglicher kommerzieller Ölproduzenten Ostafrikas ganz oben (tageszeitung vom 19.1.1993). In einigen Presseberichten wurde verbreitet, daß im Gefolge der US-Invasion Ölbohrtrupps unterwegs seien. Noch ist unklar, ob die Sicherung der Ölvorkommen für die US-Konzerne nur ein Nebeneffekt der Invasion ist, oder ob dies ein Grund bei der Entscheidung für das Eingreifen war.

# Leserbriefe

schreibt uns Eure Meinungen, Erlebnisse, Kommentare ...

## SJD - Die Falken: Politisch am Ende?

Die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken, nach dem Krieg gebildet aus ihren beiden Vorläuferorganisationen, der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde und der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), ist die letzte große sozialistische Kinder- und Jugendorganisation der Bundesrepublik.

Die Erosion der Gruppenstrukturen hat inzwischen Dimensionen erreicht, bei denen man nur noch von einem Scherbenhaufen sprechen kann. Mit dem Wegfall der SJ-Gruppen vor Ort gingen die Hauptamtlichen dazu über, ähnlich wie die Wirtschaftsplaner am Ende der DDR, nur noch mit fiktiven Mitgliederzahlen zu operieren, um die Finanzierung der eigenen Stellen und Räumlichkeiten durch den Staat sicherzustellen.

### ► Niedergang der Zeltlagermaßnahmen

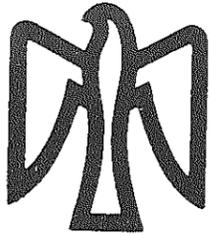
Gleichzeitig mit der Auflösung des SJ-Bereichs vor Ort konnten die jährlichen Zeltlagermaßnahmen oft nicht einmal mehr zur Hälfte mit eigenen Mitgliedern besetzt werden. Durch die organisatorische Unfähigkeit der Hauptamtlichen begünstigt, entwickelten sich die Maßnahmen zu schlecht organisierten, inhaltlich unpolitischen bzw. niveaumarmer Veranstaltungen, die ähnlichen Angeboten des Landesportbundes insofern gleichen, als daß Sonne, Disco und Alkohol den Grundkonsens von Teilnehmern und Teamern bilden.

### ► Ende der Bildungsarbeit

Die verbandliche Bildungsarbeit darf man eigentlich gar nicht als „Bildungsarbeit“ bezeichnen, da real keine Bildung vermittelt wird.

Alle Angebote haben eines gemeinsam, nämlich das erschreckend niedrige Niveau von Teilnehmern und Teamern.

Beispielsweise ist eine Einrichtung wie die alljährliche Winterschule zu ei-



ner Institution verkommen, während der sich Teilnehmer und Gruppenleiter betrinken, Drogen konsumieren, randalieren, nächtelang in unerträglicher Lautstärke Musik hören und bildungswillige Teilnehmer terrorisieren.

### Wie weiter?

Die Praxis der SJD - Die Falken muß radikal verändert werden, die Freizeitarbeit muß politisiert werden, die Bildungsarbeit wenigstens die grundlegenden Kenntnisse vermitteln.

Ansonsten werden sich die linken und politisch aktiven Jugendlichen weiter mit Abscheu von diesem Verband abwenden bzw. ihm erst gar nicht beitreten.

Jendrik Scholz  
Mitglied der SJD - Die Falken,  
Bezirk Niederrhein

## Stuttgart

# 11. Schwarzfahrerfest

Am 19. Januar fand in Stuttgart das 11. Schwarzfahrerfest statt. Dieses Jahr waren besonders solche Gäste willkommen, die „Lieber schwarz fahren als braun wählen.“

Im Vordergrund stand also auch die Kampagne gegen Rassismus und Faschismus und nicht nur die unverschämten Fahrpreiserhöhungen des Verkehrsverbundes Stuttgart, die wir auch dieses Jahr nicht vermissen „müssen“.

Nachdem sich einige unheilbar Fleißige bereits um 10 Uhr bzw. später eingefunden hatten, um „Tische- und Stühlerücken“ zu spielen, wurden noch Sketche geprobt. Und obwohl es ein äußerst Herzschriftmacher gefährdendes Unterfangen war, wurden diese Sketche sehr erfolgreich aufgeführt. Später spielte auch noch eine Band, „The Pinheads“, die wirklich gut spielten, aber den Beliebtheitsgrad der Theke doch nicht übertreffen konnten. Ins-



gesamt kamen etwa 800 Besucher zum Schwarzfahrerfest, die außer der Eintrittskasse auch unsere Spendenkassen fütterten.

Dieses 11. Schwarzfahrerfest war also auch ein voller Erfolg, der nur noch dies zu wünschen übrig läßt: nämlich, daß in 11 Monaten das 12. folgt.

Natalie Dolotko, Stuttgart  
JRE-Mitglied und Juso

## Von der Vorfeldorganisation zum billigen Kaufverein?

Die Situation des SJ-Bereichs ist Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre gekennzeichnet durch folgende Phänomene:

- Auflösung funktionierender Gruppen

## T-Shirts, Buttons, Aufkleber



T-Shirts: 'Gegen Nazis' (2-farbig) und geringe Mengen 'Gib Nazis keine Chance' und 'Rosa Luxemburg' (1-farbig) je 20 DM.

Buttons: 'Gegen Nazis' und 'Gib Nazis keine Chance' je 2 DM.

Aufkleber: 'Gegen Nazis', 'Gib Nazis keine Chance' und 'Halte Deine Umwelt sauber' je 0,50 DM.

Bestellungen an Red. Voran (Hansaring 4, 5000 Köln 1) nur gegen Vorkasse. Buttons ab 100 Stk 1 DM; T-Shirts und Aufkleber ab 10 Stk 30 % Rabatt

solange der Vorrat reicht!

## ihr da oben ...

### Glückskatzen gegen Krise

Japanische Geschäftsleute hofften vergeblich, an einer Rezession vorbeizukommen. Jetzt beten sie für bessere Zeiten. Der geschäftsführende Direktor einer der 10 größten Banken der Welt ging zu einem Shinto-Schrein, um die Götter um ein besseres Jahr zu bitten, weil so viele seiner Kunden um die Aufschiebung von Kreditrückzahlungen ansuchen. „Wir haben Rekordgeschäfte mit Leuten, die Schlange stehen, um Glückskatzen zu kaufen,“ sagte ein Straßenhändler an einem buddhistischen Tempel.

Aber bis jetzt gibt es keine Antwort von den Göttern. Die Börse von Tokio fiel im neuen Jahr weiter, der Autoverkauf ging zurück und die Immobilienpreise fielen.

### Klassenjustiz I

Die bayerische Justiz hielt wochenlang zwei Antifaschisten in Haft, weil



ihnen vorgeworfen wurde, einem Skinhead die Jacke samt Naziaufnähern entwendet zu haben. Die Staatsanwaltschaft klagte im Prozeß gegen den mutmaßlichen Haupttäter Roland auf schweren Raub, Nötigung, Beleidigung, Sachbeschädigung und Körperverletzung und forderte 10 Monate ohne Bewährung. Das Urteil: 1200 DM Geldstrafe. Während der Untersuchungshaft verlor er seine Arbeit und mangels Geld seine Wohnung. Sein 72-jähriger Vater, der auf die Hilfe seines Sohnes angewiesen war, bat vergeblich um die Freilassung Rolands. Er starb und wurde erst nach zwei Tagen in seiner Wohnung entdeckt. Roland wurde nicht erlaubt, zur Beerdigung zu gehen.

### Klassenjustiz II

Der Schriftsteller Carl von Ossietzky wurde 1931 wegen Verrats militärischer Geheimnisse verurteilt. Die von ihm aufgedeckten Fakten über geheime Aufrüstung verstießen gegen internationale Verträge als auch gegen deutsches Recht, Ossietzky bekam später für sein Wirken den Friedensnobelpreis. Am 3. Dezember 1992 hat der Bundesgerichtshof die Aufhebung des Urteils von 1931 verweigert. Die Begründung: „Jeder Staatsbürger schuldete nach Auffas-



sung des Reichsgerichtes seinem Vaterland eine Treuepflicht.“ Generalbundesanwalt Alexander von Stahl hatte unter Hinweis auf die Treuepflicht bereits vor der Verhandlung gefordert, daß das Urteil von 1931 bestehen bleiben müsse.

### Doppelzüngigkeit

Jörg Haider, der Vorsitzende der nationalistischen „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ), der durch ein Volksbegehren einen Aufnahmestopp von AusländerInnen in Österreich erreichen will, hat auf seinem Privatgrundstück in Kärnten illegal bosnische Flüchtlinge beherbergt, wie jetzt von einem Wiener Gericht bestätigt wurde. Eine heimliche humanitäre Aktion? Nein, die Flüchtlinge arbeiten für ein von Haider engagiertes Unternehmen als Holzfäller auf seinem Grundstück und erhielten für ihre Tätigkeiten einen niedrigeren Lohn als österreichische Holzfäller.

## ... wir hier unten

# Kampffonds Rekordergebnis erzielt!

Das letzte Quartal 1992 hat ein Rekordergebnis für den Kampffonds gebracht. Bis zum 22.1.93 sind 24.956 DM eingetroffen. Obwohl noch nicht sämtlicher Kampffonds aus dem Dezember abgerechnet ist, haben wir unser Ziel von 21.000 bereits zu 119 Prozent erreicht!

Durch zusätzliche „Weihnachtsspenden“ vieler Unterstützer, die sich inzwischen auf 9599 DM summieren, konnten wir weitere Geräte anschaffen: einen Computer, Laserdrucker, Scanner und einen großflächigen Bildschirm, wodurch die Zeitungproduktion verbessert wird. Weiterhin haben wir für die Arbeit von Aachener VORAN-Unterstützer ein Faxgerät und ebenfalls einen Computer gekauft. Wir planen noch die Anschaffung von Modems - schickt uns schnell alle versprochenen Spenden!

Dieses Ergebnis war nur möglich wegen der großartigen Bewegung gegen faschistischen Terror und Rassismus.

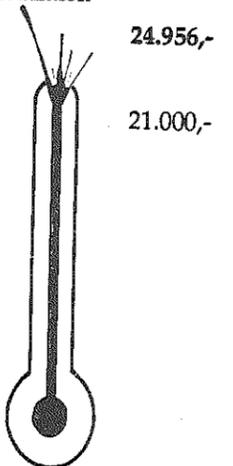
Es hat sich gezeigt, daß große Teile der Bevölkerung bereit sind, den Faschisten Paroli zu bieten. Die Regierung wird jedoch weiterhin auf die rassistische Karte setzen, um Widerstand gegen den sozialen Kahlschlag zu verhindern. Für einen effektiven Kampf gegen Faschismus brauchen wir auch ein sozialistisches Programm zur Lösung der sozialen Probleme. VORAN

kämpft in SPD und Gewerkschaften für ein solches Programm gegen Nazis und den „Solidar“-pakt.

Die beste Kampffondsquelle war der Verkauf von T-Shirts, Buttons und Trillerpfeifen auf den Massendemos oder bei Straßenaktivitäten. Wenn ihr neues Kampffondsmaterial braucht, bitte schnell bestellen! (Siehe Anzeige). Laßt uns das neue Jahr so fortsetzen, wie wir das alte beendet haben!

Fiz Garvie, Redaktion

Ziel  
4. Quartal  
1992



Spendenkonto:  
VORAN, Postgiroamt Essen  
BLZ 360 100 43  
Kto.-Nr. 2500 59-430

## Ich möchte

# VORAN

unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name \_\_\_\_\_

Anschrift \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21/13 45 04

## Ich möchte

VORAN abonnieren, 10 Ausgaben zu 18,- DM

zusätzlich \_\_\_\_\_ Exemplare von jeder Ausgabe zum Weiterverkaufen (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM \_\_\_\_\_ beziehen (ab 30,- DM)

NEU: ein VORAN-„Schnupperabo“, 3 Ausgaben zu 5,- DM



Name, Anschrift, Telefon \_\_\_\_\_

Bitte Summe auf Spendenkonto überweisen (s. Kampffonds). Keine automatische Abo-Verlängerung.

Stuttgart

# Ihr streicht unsere Jugendhäuser, Wir streichen Euer Rathaus

Mit der beginnenden Rezession kommen einerseits durch sinkende Steuereinnahmen, andererseits durch steigende Sozialhilfeleistungen und die Umverteilungspolitik Bonns enorme Lasten auf die Städte zu, so auch in Stuttgart.

Zeit, wo alle PolitikerInnen von steigender Gewalt und Rechtsradikalismus bei Jugendlichen, von Kriminalität und Drogenmißbrauch reden, ist das allenfalls für rechte Stadträte logisch.

Dennoch wollte die CDU 23 Prozent der Mittel für die Jugendhäuser kürzen und ein besonders verhaftes Jugend-

gründet. Ein Aktionstag fand große Unterstützung unter den Jugendhausbesuchern. Unter diesem Druck nahm auch die Opposition von SPD und Grünen konkretere Formen an. Die SPD sprach sich zunächst gegen jegliche Kürzungen aus, war dann aber, um guten Sparwillen zu zeigen, zu Kürzun-

nicht so recht dulden. Nachdem diese nicht in die Jugendhäuser gekommen waren, um mal ein Bild von der Wirklichkeit zu bekommen, ging der Aktionsausschuß eben in den Gemeinderat. Welch eine Entrüstung über unseren lautstarken Protest von der Zuschauertribüne! „Ihr habt ja ein Brett vor dem Kopf“ war noch die netteste Beschimpfung (durch einen SPD-Rat), die wir uns anhören durften. Ein CDUler forderte die Festnahme aller Zuschauer, weil er von den Schokoladentalern, die vom Aktionsausschuß in die Menge geworfen worden waren, verletzt worden sei (Es gibt allerdings Gerüchte wonach er den Dachschaden schon länger hat...). Die gerufene Polizei nahm allerdings keine Personalien auf, sondern eine Unterschriftenliste zum Sammeln mit. Nach der Aktion konnten JREler noch fast 300 Unterschriften gegen die Kürzungen vor dem Rathaus sammeln.

Ganz wichtig war auch, möglichst eng mit den Beschäftigten und den Besuchern in den Jugendhäusern zusammenzuarbeiten. Von Anfang an arbeiteten JREler im Aktionsausschuß der Beschäftigten mit. Da sich alle Gruppen in Jugendhäusern treffen, konnten wir auch gut mit den Besuchern ins Gespräch kommen und sie in unsere Aktionen miteinbeziehen.

Nach dem Kompromiß, daß nur 8 Prozent der Mittel gekürzt werden, denken die meisten Beschäftigten, daß das Schlimmste nochmal verhindert worden sei, weitere Aktionen wurden auf die Zeit nach den Ferien vertagt. Dabei bedeuten diese Kürzungen auch, daß wohl zwei Häuser dichtgemacht werden müssen, daß der Druck auf die verbleibenden Mitarbeiter verschärft wird und daß noch mehr Jugendliche auf der Straße stehen. Es ist also gut möglich, daß im neuen Jahr, besonders wenn die Kürzungen erst spürbar werden, noch weitere Aktionen folgen. Vorläufig blieb die Aktion der JRE-Stuttgart-Mitte der Abschluß: unter dem Motto „Ihr streicht unsere Jugendhäuser, wir streichen Euer Rathaus“ rückten am 23.12. ca. 30 JREler an und verschönerten (sehr zum Ärger der Rathausordner und zur Ratlosigkeit der Polizei) die Rathausfassade mit Kreideparolen.

Kai Ruoff, Stuttgart  
JRE-Mitglied und Juso

## Radikale stürmten Rathaus. CDU-Stadtrat Haug verletzt



Von IRMGARD NILLE und FRAUKE UNGLAUBE  
15.35 Uhr im Rathaus. Ein Bürgermeister lang erklarte die Sparbeschlüsse der Stadt. Pöbel schossen auf die Zuhörertribüne der 30 Jugendlichen mit Trompeten und Posaunen. Sie gröhnten „Happy Birthday“. Unsere Gemeinderäte lachten erst. Doch Sekunden später wurde ihnen himmelangst. Die radikalen Störer bombardierten sie mit Schokoladen-Talern. „Marie-Therese“, Hundene knallten auf Rommel & Co. Schoko-Attentat im CDU-Stadtrat Ingrid Aksen überm...

nen Ingrid Ritter und Bärbel Höring wurden von den Würstgeschossen am Kopf getroffen. Frau Ritter setzte: „Ich müßte Akten über meinen Kopf halten, um mich zu schützen“. OB Rommel hatte Glück. Er sah ganz hinten, wurde nicht erwischt. Aber dafür war er kredibelich vor zum: „Verlassen sie den Saal, vor dem Saal, unterbroch die Sitzung für 40 Minuten. Der Ordnungsdienst drängte die Schoko-Attentäter aus dem Saal. Zehn Minuten später kam auch die Polizei. Fünf in Uniform, zwei von der Kripo. Sie postierten sich an den Eingängen zum Sitzungssaal, kontrollierten und suchten nach den Schoko-Attentätern. Sie waren verschwunden. Ein Polizist: „Wir konnten keinen Verdächtigen ermitteln.“ Grund der Demo: Protest gegen die Streichungen im Kultur- und Sozialbereich.

gen von weniger als 10 Prozent bereit. Woraufhin die FDP die Würfel warf und 8 Prozent Kürzungen vorschlug, was dann auch prompt angenommen wurde. So funktioniert also die demokratische Entscheidungsfindung.

### Besuch im Rathaus

Die Begegnung mit ihrem Wahlvolk dagegen wollten die Gemeinderäte

### Bremerhaven/Beverstedt

# Warnung an die Nazis

Bei uns in der Stadt Bremerhaven trauen sich die Nazis kaum mehr, auf offener Straße zu provozieren, weil sie durch beherztes Eingreifen von Antifaschisten ein paarmal zurückgeschlagen wurden. Aber die Faschos sind danach ja leider nicht vom Erdboden verschwunden, sondern sammeln sich immer mehr in den Dörfern und Ortschaften rund um die Stadt.

Die Discos im Landkreis werden teilweise von den Nazis terrorisiert, und für Ausländer und Linke ist es gefährlich, dort aufzutauchen.

Im Dorf Beverstedt, ungefähr 20 Kilometer von Bremerhaven entfernt, beherrschen die rechten Ratten praktisch die Straße. In der Schule des Ortes tre-

ten sie offen auf und schüchtern Lehrer und Mitschüler ein. Ein von der „Arischen Bruderschaft Beverstedt“ geplanter Überfall auf ein Asylbewerberheim in der Umgebung konnte durch die Anwesenheit von JRE-Aktivistinnen und Polizei verhindert werden. Als dann Gerüchte über einen neuerlich geplanten Überfall laut wurden, war es an der Zeit, etwas zu unternehmen.

Um den Nazis zu zeigen: wir sind auch bei Euch auf dem Dorf und wenn etwas passiert, kommen wir wieder, organisierten wir Anfang Januar ziemlich spontan eine Demo. Gemeinsam mit der „Jugendfriedensinitiative der Samtgemeinde Beverstedt“ und den Bremerhavener Autonomen riefen wir unter dem Motto „Kein Fußbreit den Faschisten“ zum Protest auf.

Die Resonanz im Dorf selber war besser als erwartet. An einem Geschäft hing beispielsweise ein Schild: »Ge-

schlossen, solange wir demonstrieren«. So erschienen dann auch, trotz Eisregens, statt der erwarteten 150 ca. 300 Teilnehmer.

Auf der Auftaktkundgebung stellte ein Sprecher von JRE die Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und Faschismus heraus und erklärte seine Auffassung vom Antifa-Kampf. Eine Sprecherin der Jugendfriedensinitiative ging auf Fascho-Aktivitäten im Dorf selbst ein und wies nochmal darauf hin, daß auch Beverstedter an den Pogromen in Rostock und Hoyerswerda beteiligt waren.

Die Meldungen in der Lokalpresse waren gut und wir haben mit wenig Aufwand ein Zeichen gesetzt, das die Dorfnazis hoffentlich als Warnung verstanden haben.

Dirk Wahlers, Bremerhaven  
JRE-Mitglied

Aachen

## Offensive als beste Verteidigung

JRE-Mitglieder statteten einem bekannten Skinhead und NPD-Funktionär einen Besuch ab.

Mit 25 jungen Leuten marschierten wir mit Flugblättern in der Hand zu seiner Wohnung in Meckstein (ein Dorf in der Nähe von Aachen). Unterwegs schlossen sich viele Anwohner an und wir kamen mit über 60 Leuten bei der Wohnung an.

Die anfängliche Angst, daß der Neo-Nazi vielleicht mehr Leute mobilisieren

könnte um uns dann aufzumischen, erwies sich als unbegründet. Er hat gerade noch sein Auto vollgeparkt (unter anderem mit seiner Schwester) und sie machten sich aus dem Staub als sie uns sahen. Es war ein gutes Gefühl zu sehen, daß die Nazis auch nur mit Wasser kochen. Viele Antifaschisten haben berechnete Angst vor den Nazis. Es wird Zeit, daß sie Angst vor uns bekommen!

Gaëtan Kayitare, Aachen  
JRE-Aktivist

Siegen

## 1000 Schüler gegen Rassismus und Faschismus

Die JRE-Gruppe Siegen konnte in den zwei Monaten ihres Bestehens bereits 60 eingetragene Mitglieder gewinnen. Dadurch und durch den Erfolg unserer Aktionen bestärkt, beschlossen wir, am 12.1. eine stadtweite Schülerdemo gegen Rassismus und Faschismus zu organisieren.

Unser größtes Problem war die mangelnde Erfahrung mit Aktionen in dieser Größenordnung. Zwar wurden innerhalb weniger Tage über 2.500 Flugblätter verteilt, plakatiert und alle Schulen und SVen angeschrieben, aber die Resonanz schien zunächst bescheiden. Einige Schulleitungen drohten ihren Schülern sogar mit ernststen Konsequenzen bei einer Teilnahme und ein Rektor setzte in einer Diskussion JRE einer Fascho-Gruppe gleich.

Schlimmer noch war das Wetter, es goß in Strömen. Doch dann wurden wir überrascht. An den vier Sammelpunkten, von denen sternförmig zum zen-

tralen Kundgebungsplatz marschiert werden sollte, fanden sich plötzlich ganze Schulklassen, teilweise sogar Unterstufenklassen mit ihren Lehrern ein, sodaß die einzelnen Züge zwischen 100 und 400 Schülern stark waren.

Unsere Gastrednerin Daniela aus Kassel, Mitglied im JRE-Bundesauschuß, stellte zunächst JRE vor und kritisierte dann vor allem Kohl und Konsorten, die nun langsam dazu übergehen, die sozial Schwachen an Stelle der Flüchtlinge zum Sündenbock für ihre katastrophale Politik zu machen. Torsten, Mitglied im Sprecherrat von JRE-Siegen, erntete für seine Rede, die sich vor allem mit den wirtschaftlichen Ursachen des Rassismus auseinandersetzte, stürmischen Applaus.

Am Ende der Kundgebung konnten wir zufrieden, aber völlig durchnäßt Bilanz ziehen: 1000 Schüler haben trotz schlechten Wetters und trotz Verbot der Schulen gezeigt, daß Rassisten und Faschisten auch an den Schulen mit Widerstand rechnen müssen.

Lutz Koroleski, Siegen  
JRE-Mitglied und Juso

## Bestellt bei JRE:

**Poster** Erinnerungsposter an die Brüsseler Demo 3,- DM (ab 10 Stück 2,-)

**Video** JRE stellt sich vor, 55 min. Preis: 20,-

**JRE-Aktuell Nr.2** Rundschreiben mit Informationen aus den Gruppen 1,50 DM; ab 10 Stück 1,- DM

**Materialliste** Ausführliche Liste aller JRE Materialien

Bestellungen nur gegen Vorkasse (in Briefmarken oder Überweisungsbeleg beifügen) JRE Konto: Ulf Petersen, Kto.- Nr. 12777-501, Postgiroamt Köln, Bankleitzahl 370 100 50 Adresse: JRE, Hauptpostlagernd, 5000 Köln 1



# VORAN

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 148 - Februar 1993

1,- DM - Solidaritätspreis: 3,- DM

## Jugend gegen Rassismus in Europa



# Kein neues 33

# Nazis zurückschlagen

Am 30. Januar jährt sich die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch Präsident Hindenburg zum sechzigsten Mal. An diesem Tag finden in ganz Deutschland Demonstrationen gegen Rassismus und Faschismus statt. *Jugend gegen Rassismus in Europa* (JRE) ruft dazu auf, sich an diesen Demonstrationen zu beteiligen.

Doch es ist Vorsicht geboten. Die Brandstifter aus Bonn werden versuchen diesen Tag zu nutzen, um sich ein antifaschistisches Mäntelchen umzuhängen. Die Bundesregierung und Teile der Führung der SPD wollen das Asylrecht de facto abschaffen. Die Regierung läßt Flüchtlinge abschieben, obwohl klar ist, daß sie in ihrer Heimat von Gefängnis, Folter oder Tod erwartet werden. Das ist staatlich praktizierter Rassismus! Die CDU/CSU hat doch mit ihrer rassistischen Anti-Asyl-Kampagne erst das gesellschaftliche Klima für die Nazis geschaffen. Und dieselben Leute beschwerten sich dann über Ausländerfeindlichkeit. Die Heuchelei von Kohl und Konsorten kennt keine Grenzen!

JRE sagt: Nutzen wir den 30. Januar, um massenhaft auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren! Zeigen wir den Nazis, daß sie eine kleine Minderheit sind und wir uns ihnen in den Weg stellen! Aber zeigen wir den Regierungsbözen, die die Flüchtlingshetze begonnen haben, daß wir bei diesen Demonstrationen auf sie verzichten können. Protestieren wir lautstark, wenn diese Leute versuchen, auf antirassistischen Demonstrationen zu reden.

Demonstrationen sind wichtig und ein entscheidender Bestandteil im Kampf gegen die Nazis. JRE selber hat am 24. Oktober 1992 die erste europaweite Demonstration gegen Ras-



sismus und Faschismus in Brüssel organisiert, an der 40.000 Jugendliche und ArbeitnehmerInnen teilgenommen haben.

Aber trotz Millionen demonstrierender Menschen finden nach wie vor Anschläge auf Flüchtlingsheime statt, werden „AusländerInnen“ und Linke, Obdachlose und Behinderte, AntifaschistInnen, Juden, GewerkschaftsaktivistInnen bedroht, zusammengeschlagen, ermordet. Die Frage, die sich stellt ist: Wie können wir die Nazis zurückschlagen?!

Die Massendemonstrationen und Licherketten waren große Erfolge und haben auch schon Wirkung gezeigt. Der Nazi-Terror geht aber weiter, die Nazis arbeiten weiter am Aufbau ihrer Organisationen.

Es geht nicht nur darum, gegen Rassismus zu demonstrieren, es geht darum, die Faschisten praktisch zu bekämpfen. Es geht darum, den Nazi-Banden nicht die Straße zu überlassen, zu verhindern, daß sie wie die SA und die SS die Straße erobern. Es geht darum, den Schutz von Flüchtlingen, „ausländischen“ KollegInnen, AntifaschistInnen zu organisieren.

Die Gewerkschaften, SPD, PDS und andere linke Organisationen mobilisieren und organi-

sieren ihre Mitgliedschaft und Anhänger im Moment gar nicht oder nicht ausreichend gegen die Nazis.

Wir müssen deshalb Druck auf diese Organisationen ausüben, damit sie ihren Kurs ändern. Wir fordern sie auf, Selbstschutzorganisationen in den Stadtteilen aufzubauen, die Angriffe von Nazi-Banden zurückschlagen sollen.

Aber wir können nicht darauf warten, bis sie es tun. Es gibt heute keine Zeit mehr zu verlieren.

Auch wenn die Nazis nicht kurz vor der Machtübernahme stehen, sind sie doch eine reale Bedrohung, die zurückgeschlagen werden muß.

Deshalb organisieren wir uns unabhängig, um faschistische Aktivitäten zu verhindern und den Schutz in unseren Wohnvierteln und Jugendzentren zu organisieren. JRE hat schon viele solcher Aktionen organisiert, so sind wir die einzige Organisation, die in Rostock-Lichtenhagen aktiv ist und dort gegen die Nazis argumentiert.

Wir denken: der Kampf gegen Rassismus und Faschismus muß verbunden werden mit dem Kampf gegen die sozialen Mißstände, die die Faschisten ausschachten können, weil Gewerkschaften, SPD und PDS keine klare Alternative anbieten.

Der gemeinsame Kampf von deutschen und „ausländischen“ ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen gegen Sozialabbau und für Wohnungen und Arbeitsplätze ist der beste antirassistische Kampf.

Der Spaltungspolitik des Bonner Gruselkabinetts setzen wir die Einheit von ArbeiterInnen und Jugendlichen gleich welcher Nationalität und Hautfarbe entgegen.

Der gemeinsame Kampf gegen die wahren Verursacher von Wohnungsnot und Massenarbeitslosigkeit ist der einzige Weg, um rassistische Vorurteile, die sich verbreiten, wieder zurückzudrängen.

Sascha  
JRE-Bundesausschußmitglied

## „Der Feind steht links“ ...

„Bei Zusammenstößen von Links- und Rechtsextremisten in den alten Bundesländern geht die Gewalt in der Regel von Linksextremisten aus.“ So lautet das Fazit des Bundesamtes für Verfassungsschutz in einer Studie über „militante Autonome“.

„Über die Situation in den neuen Bundesländern besteht kein verlässlicher Überblick.“ Offenbar fällt das Zählen der Überfälle von Nazis auf linke Jugendliche den Verfassungsschutzern etwas schwer. Zum Ausgleich bedienen sie sich bei rechtsradikalen Quellen. So wird aus einem Schreiben der rechtsradikalen Bonner Anti-Antifa zitiert, daß einen nach Angaben des Düsseldorfer Innenministeriums frei erfundenen Überfall auf einen „Kameraden“ beschreibt.

So ist wohl wenig Verlaß auf das Ergebnis, daß sich die Zahl der „militanten Aktionen“ von Links gegen Rechts in den ersten 10 Monaten des Jahres 1992 gegenüber dem Vorjahr von 98 auf 206 Fälle „mehr als verdoppelt“ habe, während es nur „insgesamt 67 Gewaltaktionen mutmaßlicher Rechtsextremisten gegen politische Gegner“ gegeben hätte (taz vom 20.1.93).

## Werde Mitglied bei JRE:

- Ich möchte Mitglied bei JRE werden und habe den ersten Vierteljahresbeitrag von mindestens 10 DM (5 DM für Leute ohne oder mit geringem Einkommen) überwiesen.
- Ich möchte weitere Infos über JRE und Eure Arbeit bekommen.

Schickt den Zettel mit Eurem Namen und Adresse an: JRE, Hauptpostlagernd, 5000 Köln 1  
Spenden und Mitgliedsbeiträge überweisen an: U. Petersen, Kto Nr. 12777-501 Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50